

November 2023
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

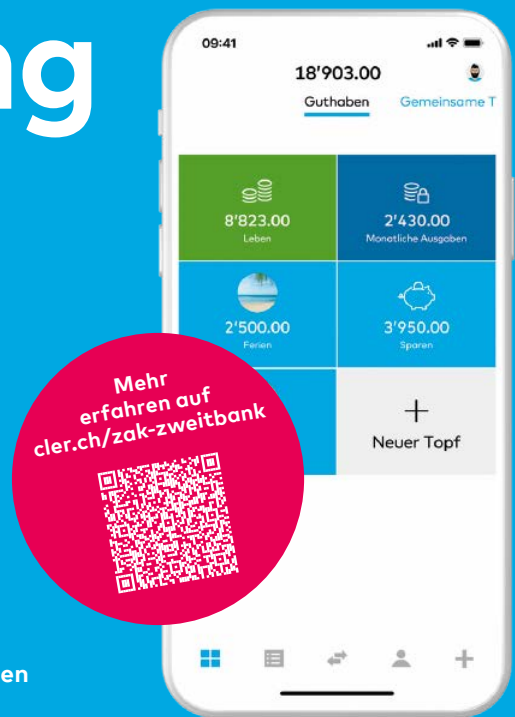
VPOD

Der streitbare Asket

Christian Dandrès will VPOD-Präsident werden – ein Gespräch und ein Porträt
Köbis letzte Prüfung: Was angehende Hauswarte können und wissen müssen

Mehr Banking fürs Geld. Mit Zak als Zweitbank.

Mit Zak bekommst du nicht nur eine gratis Banking-App, ein gratis Konto und eine gratis Karte. Du profitierst auch von attraktiven Zinsen auf die Säule 3a und hast dank der praktischen Spartöpfe immer deine Sparziele im Blick. Übrigens: Mitglieder des VPOD profitieren zudem von 25 CHF Startguthaben mit dem Code VPODZK. Egal, ob Zak Erst-, Zweit- oder Siebtbank wird.



Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Ich will VPOD-Mitglied werden!

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

- 5 Demonstrieren im Sitzen**
Der 75. Geburtstag der AHV wurde in Bern mit einer Kundgebung gefeiert
- 6 Bauklötze der Solidarität**
«Teilhabe statt Ausgrenzung»: Erfolgreiche migrationspolitische Konferenz mit starker VPOD-Beteiligung
- 7 Schöner wohnen**
Zwei Referenden zum Mietrecht: Jetzt endlich die Immobilienlobby stoppen!
- 8–9 Köbis letzte Prüfung**
Besuch am praktischen Teil der Berufsprüfung Hauswartin/Hauswart in Niederhasli (ZH)
- 10 Nach der Wahl ist vor der Wahl**
Zahlreiche VPOD- und andere Kolleginnen und Kollegen bestätigt – andere leider abgewählt
- 11 Abgestandene Bilder**
Margarethe von Trotta's Ingeborg-Bachmann-Film «Reise in die Wüste» bedient ein überholtes Narrativ
- 13–16 Dossier: Präsidiumswahl**
Ein Gespräch mit Christian Dandrès, SP-Nationalrat Genf, der VPOD-Präsident werden will

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 12 Aus den Regionen und Sektionen**
- 17 Melinda Nadj Abonji: Geld – zehn Geschichten**
- 18 Wirtschaftslektion: Gesundheit wird billiger**
- 19 Wettbewerb: Der Vorname**
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD: Ein Knie geht einsam durch die Welt**
- 22 Solidar Suisse: Danke, Tante!**
- 23 Menschen im VPOD: Janina Degen, Tramführerin bei der BVB, Lupfig**

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 8, November 2023
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Goldene Zeiten

Stets eine beliebte Rubrik: «Vor 100 Jahren.» Das ist der Zeitraum, der sicherstellt, dass von den Lebenden niemand mehr ein Fünkchen Originalerinnerung besitzt. Wir landen in den goldenen Zwanzigerjahren. So golden waren die aber gar nicht. Es war höchstens Blattgold. Nur für wenige. Und nur kurz.

Die Zwischenkriegszeit dauerte gut 20 Jahre, die Zeit zwischen den Krisen aber maximal 6. In Deutschland ist das die Periode zwischen der Hyperinflation 1923 und der 1929 einsetzenden Deflation. Gewiss: Ökonomisch geht's da bergauf. In den Metropolen, zumal in Berlin, explodiert die Moderne. Zierrat, Zöpfe und Zwänge fallen ab, so dass die bubikopfragende Marlene Dietrich mit ihrer ebenso burschikosen Kollegin Margo Lion die Fluidität moderner Familienverhältnisse besingen kann: «Wenn die beste Freundin mit der besten Freundin...». Der Tabubruch wird allseits durchdekliniert: von der Tänzerin Berber, vom Maler Dix, vom Dichter Brecht.

Allerdings blieben auch in Deutschland grosse Teile der Bevölkerung vom kulturellen Boom ebenso unberührt wie vom ökonomischen. Die Demokratie war nicht angekommen; die Regierungen wackelten. Das Trauma des Kriegs blieb ohne Verarbeitung, eine Million Menschen ohne Arbeit. Und die Zumutungen der Moderne führten vielerorts zu einem drastischen Vertrauensverlust, dem viele nur den sehnsüchtigen Blick retour entgegenzusetzen wussten. 1933 wurde die deutsche Republik auf fast demokratische Weise ausgehebelt. Sie hatte einfach zu viele Feinde.

Einer davon, Adolf Hitler, hat es 1923 schon einmal probiert. Fast genau vor 100 Jahren versuchte er von München aus, die parlamentarische Demokratie plattzumachen. Die reagierte mit Nachsicht. Man liess es zu, dass der Putschist von einem nicht zuständigen Gericht in einem fragwürdigen Prozess zu einer 6-monatigen Kuschelstrafe verurteilt wurde. Noch nicht einmal die Rückschaffung des Delinquenten nach Österreich wurde verfügt. Dagegen hiess man im selben Jahr 1923 die Reichswehr marschieren gegen Sachsen und gegen Thüringen, weil dort – demokratisch legitim – Koalitionen aus SPD und KPD die Regierung übernommen hatten.

Lessons learned (wie wir neudeutsch sagen): Die dreisten Ansprüche, die von der ökonomischen Transformation an die Menschen gestellt werden, müssen abgedeckt werden. Die Musik soll für alle spielen. Eine Demokratie, die soziale Sicherheit und kulturelle Teilhabe nicht für Krethi und Plethi gewährleistet, steht auf tönernen Füßen. Und wenn's hart auf hart kommt, sollte man – auch darin hat die Weimarer Republik versagt – wenigstens seine Fressfeinde erkennen.



Gegen Ausdünnung des Verkehrs

Manchenorts ist die Ausdünnung des Fahrplans oder die Einstellung von Linien bereits Realität – eine Folge der Fachkräftesituation. Weitere Einschnitte werden folgen, wenn die Pläne von Finanzministerin Karin Keller-Sutter durchkommen: Sie will den Bundesbeitrag für den regionalen Personenverkehr für 2024 um 7,8 Prozent oder 92 Millionen Franken senken. Die Gewerkschaften SEV, Syndicom und VPOD reagieren mit einer Petition: 6000 öV-Mitarbeitende fordern von Bundesrat und Parlament, auf diese Sparübung zu verzichten, deren Folgen die Kantone, die Verkehrsbetriebe und die Fahrgäste zu tragen hätten. Auch wegen des Klimawandels müsse der Bund in den öV investieren, statt das Angebot auszudünnen. | *vpod* (Foto: Michael Derrer Fuchs/iStockphoto)

Elektrisch geladene Demo

1200 Elektrikerinnen und Gebäudetechniker haben an einer Demonstration in Zürich bessere Arbeitsbedingungen gefordert. Sie wollen höhere Löhne, eine Verringerung des Arbeitsdrucks und das Anrecht auf eine anständige Frühpensionierung, wie es in anderen Bereichen des Baugewerbes besteht. Die zugehörigen GAV werden dieses Jahr neu verhandelt. Die Demonstrierenden betonten auch ihre Bedeutung für die Energiewende: «Wenn dem krassen Arbeitskräftemangel nicht entgegengewirkt wird, kann die Schweiz ihre Energieziele nicht erreichen.» | *unia*

Langes Warten? Keine weitere Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs!

Dreister Übergriff? Sofortige Ratifizierung der ILO-Konvention 190!

Neuer Ecap-GAV

Auf 2024 tritt beim Bildungsinstitut Ecap ein neuer GAV in Kraft – über 1000 Beschäftigte in der Erwachsenenbildung und der Integrationsförderung fallen darunter. Verbesserungen gibt es etwa beim Vaterschaftsurlaub, bei der Arbeitsplanung und bei den Dienstalterszulagen. In der Erwachsenenbildung sind die Arbeitsbedingungen unter Druck, weil bei der Vergabe von Aufträgen das Preiskriterium immer wichtiger wird. Micha Amstad, Verhandlungsleiter VPOD-NGO, sieht die öffentliche Hand in der Pflicht: «Sie muss bei Ausschreibungen Arbeitsbedingungen und Bildungsqualität höher gewichten.» | *vpod*

Grosses AHV-Wochenende im März

Am 3. März wird die Schweizer Stimmbewölkerung über die SGB-Initiative für eine 13. AHV-Rente abstimmen können. Der Bundesrat hat beschlossen, gleichzeitig auch die Renten-Initiative der Jungfreisinnigen an die Urne zu bringen, die aus SGB-Sicht ein Angriff auf die Normalverdienenden und eine unbegründete Panikmache ist. Der Ausbau, wie ihn die eigene Initiative vorschlägt, käme dagegen zum richtigen Zeitpunkt: Die Teuerung sowie steigende Mieten und Krankenkassenprämien werden bis Ende 2024 eine ganze AHV-Monatsrente aufgefressen haben. | *slt/sgb*

ILO-Konvention nicht weiter verzögern

Der SGB kritisiert die Entscheidung des Ständerates, die Ratifikation der ILO-Konvention 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz mit einer erneuten Schleife zu verzögern. Nochmals eine Vernehmlassung, nochmals Abklärungen? Diese Taktik werfe auch international kein gutes Licht auf die Schweiz, zumal alle Fragen detailliert geklärt worden seien. Aus SGB-Sicht spricht nichts gegen eine sofortige Ratifizierung des Abkommens, das neben der konkreten Wirkung auch hohe Symbolkraft aufweist. | *vpod* (Foto: Andrey Popov/iStockphoto)

Reinigung: 3 Prozent mehr Lohn

Der Verband der Schweizer Reinigungs-Unternehmen Allpura und die Gewerkschaften Unia, Syna und VPOD haben sich für das nächste Jahr auf eine Lohnerhöhung von 3 Prozent geeinigt. Damit folgen sie weiter ihrem Ziel, die Arbeit in der Branche aufzuwerten. Der GAV Reinigung in der Deutschschweiz läuft Ende 2025 aus; den Willen zur Erneuerung und zur weiteren Verbesserung der Anerkennung von Reinigungstätigkeiten haben bereits alle Vertragspartner geäußert. | *slt*

Der 75. Geburtstag der AHV wurde in Bern mit einer Kundgebung gefeiert

Demonstrieren im Sitzen

1200 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vorwiegend im Pensionsalter haben in Bern mittels Kundgebung ans 75-Jahr-Jubiläum der AHV erinnert – und an den noch immer nicht eingelösten Verfassungsauftrag der Existenzsicherung. | Text: Christoph Schlatter (Fotos: Marianne Jaggi)

1948 wurde nach jahrzehntelangem Kampf die AHV ins Leben gerufen. Bekanntlich hatte schon der Landesstreik 1918 eine solche Versicherung gefordert. Jetzt ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz 75 Jahre alt. SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard stellte an der Kundgebung den Zusammenhang zum Ende des Zweiten Weltkriegs her, auf den die AHV-Gründung folgte: Man habe damals anerkannt, dass die soziale Unsicherheit der 1930er Jahre für die Menschheitskatastrophe und die Implosion vieler Demokratien mitursächlich gewesen sei.

«In der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatten die faschistischen und stalinistischen Demagogen leichtes Spiel», sagte Maillard. So habe nach 1945 auch das Bürgertum eingesehen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht gratis zu haben seien, sondern mit dem Versprechen einer würdigen Existenz einhergingen. Etwa mit der Garantie, dass auch im Alter niemand darben muss.

Wo sind die Verfassungsfreunde?

Allerdings sei dieser Kompromiss heute wieder in Gefahr. Vergebens hielt Maillard nach jenen «Verfassungsfreunden» Ausschau, die sich bei anderer Gelegenheit so lautstark zu äussern pflegen. Die wahren Unterstützerinnen und Unterstützer der Bundesverfassung seien die Menschen hier auf dem Platz, so der SGB-Präsident: Es handle sich um jene, die die Umsetzung von Artikel 112 verlangten: «Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken.» Ein Schritt auf diesem Weg wäre die Einführung einer 13. AHV-Monatsrente.

Der 75. Geburtstag der AHV wird gefeiert – der Kampf um soziale Absicherung geht weiter (unten VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber).



Auch mit dieser Rentenerhöhung um 8,3 Prozent ist die Gefahr einer Ausweitung von Altersarmut nicht gebannt. Bei der AHV hat das Parlament im März den vollen Teuerungsausgleich verweigert, und die Renten aus der zweiten Säule werden ohnehin – wenn überhaupt – nur mit viel Verzögerung angepasst. Dazu kommen die brutale Erhöhung der Krankenkassenprämien und ein Anstieg bei den Mieten.

Auch VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber sieht die Sicherung einer würdigen Existenz im Alter als eine der prioritären Zukunftsaufgaben an, genau so wie PVB-Präsidentin Barbara Gysi. Ans Rednerpult traten ausserdem Unia-Präsidentin Vania Alleva, der VPOD- und Unia-Kämpfe Köbi Hauri, der scheidende Berner Ständerat

Hans Stöckli und der Unia-Mitbegründer Vasco Pedrina.

Rote und blaue Fahnen

Auf dem Berner Waisenhausplatz waren neben dem Rot der Gewerkschaften VPOD, Unia und SEV auch die blauen Fahnen der hauptsächlich in der Westschweiz heimischen Organisation Avivo stark präsent. Auf deutsch nennen sie sich «Vereinigung zur Verteidigung der Rechte der Rentnerinnen und Rentner», ein Ziel, das sie auch mit Gesängen und Sprechchören zu erreichen trachten. Ferner zeigte der Anlass, dass man durchaus auch wirkungsvoll im Sitzen demonstrieren kann. Ausschreitungen und Sachbeschädigungen wurden nicht beobachtet.

«Teilhabe statt Ausgrenzung»: Erfolgreiche migrationspolitische Konferenz mit starker VPOD-Beteiligung

Bauklötze der Solidarität

Gewerkschaften und Aktionsgruppen aus dem Bereich Migration und Asyl haben sich in Bern getroffen. Sie setzen der stereotypen Darstellung von Zuwanderung in den Medien eigene Bilder entgegen – und einen Vierpunkteplan.

| Text: Johannes Gruber, VPOD-Fachsekretär Migration (Foto: Eric Roset)



60 Personen aus fast 20 Organisationen der Migrations- und Gewerkschaftsbewegung haben sich Ende September in Bern zur Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung» getroffen, um zusammen Bausteine für eine solidarische Migrationspolitik zu entwickeln. Dabei war auch eine starke Delegation des VPOD, was nicht erstaunt, denn die ganze Veranstaltung ging auf eine Initiative der VPOD-Migrationskommission zurück. Organisatorisch waren ausserdem Solidarité sans frontières (Sosf), die Unia sowie solinette.ch eingebunden.

Im Vorfeld hatten sie Positionen zu den Feldern «Bewegungsfreiheit», «Legalisierung», «ökonomische und soziale Teilhabe» und «politische Partizipation» formuliert. Migration ist oftmals mit prekären Lebenslagen verbunden, die bereits mit dem Verlassen des Herkunftslandes einsetzen. In der Schweiz angekommen, leben viele Zugewanderte weiterhin prekär. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie deutlich stärker als die alteingesessene Bevölkerung in Niedriglohnsektoren beschäftigt, viele haben befris-

tete Stellen oder arbeiten auf Abruf. Zudem stellt – eine Folge der Verschlechterungen im Ausländer- und Integrationsgesetz – nun bereits vorübergehende Armut eine existenzielle Gefährdung dar: Sozialhilfeabhängigkeit kann zum Verlust der Aufenthaltsbewilligung führen.

Andere Narrative entwickeln

Der Austausch an der Konferenz war intensiv, eigene Erfahrungen wurden berichtet und Forderungen erhoben. Die Teilnehmenden beklagten die Einseitigkeit der medialen Diskurse, die Migration immer nur als Problem und als Gefahr für Sicherheit und Wohlstand darstellen. Dass die in der Schweiz ankommenden Menschen das Land auf unterschiedlichste Weise bereichern, bleibt ausgeblendet.

Es war Konsens, dass dem Abbau von Rechten für die Migrationsbevölkerung Einhalt geboten werden muss und dass Perspektiven für die Teilhabe aller entwickelt werden sollten. Von Gewerkschaftsseite wurde hervorgehoben, dass die Gewerkschaften sich

Ersannene Bausteine für eine integrativere Migrationspolitik: Teilnehmende der Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung».

seit je für *alle* Erwerbstätigen, also auch für die Migrantinnen und Migranten unter ihnen, engagieren. Als Kolleginnen und Kollegen haben wir vielleicht unterschiedliche Herkunft, aber gemeinsame Interessen und Kämpfe. Lohn- und Sozialdumping stellen auch die Arbeitsbedingungen jener Gruppen infrage, die (noch) nicht unmittelbar vom Abbau betroffen sind. Die Abwehr von Prekarisierung und sozialer Fortschritt sind nur gemeinsam erreichbar.

Am Ende der Konferenz wurden vier wichtige Forderungen festgehalten: Staatliche Gewalt bei Ausschaffungen gilt es zu verhindern. Die Ausbeutung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten muss gestoppt werden. Bekämpft werden muss künftig die Armut in unserem Land – und nicht wie bisher die Armen. Gleiche Rechte für alle müssen gewährleistet sein. Auch auf politischer Ebene, damit die Partizipation von Flüchtlingen und Arbeitsmigrantinnen und -migranten sichergestellt werden kann.

Beginn umfassender Mobilisierung

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat im Juni auf Antrag der Migrationskommission beschlossen, die «Volksinitiative für ein modernes Bürgerrecht» (Demokratie-Initiative) zu unterstützen. Diese will, dass die gesamte Bevölkerung der Schweiz das Recht hat, am sozialen und politischen Leben teilzunehmen. Wer hier seinen Lebensmittelpunkt hat, soll auch mitbestimmen können. Nina Vladović, Präsidentin der VPOD-Migrationskommission, deklarierte die Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung» zum Beginn einer umfassenden Mobilisierung: für bessere Partizipation aller und für eine Änderung der Schweizer Migrationspolitik im Zeichen gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Solidarität. Nach den Wahlen wird das erst recht nötig sein.

Zwei Referenden zum Mietrecht: Jetzt endlich die Immobilienlobby stoppen!

Schöner wohnen

Mietzinsexplosion, Wohnungsnot, Kündigungsflut: Als ob die Lage nicht schon schlimm genug wäre, hat das Parlament eine drastische Verschlechterung des Mietrechts beschlossen. Das dürfen wir nicht hinnehmen: Die Immobilienlobby muss an der Urne ausgebremst werden. | Text: Reto Wyss, SGB (Foto: srckomkrit/iStock)

Das Mietrecht ist im Grundsatz nicht schlecht. Gemäss Gesetz dienen die Mieteinnahmen in erster Linie der Kostendeckung; die Rendite ist beschränkt. Das ist die Theorie. In der Praxis haben die Mieterinnen und Mieter über die letzten 15 Jahre durch missbräuchliche Mietrenditen insgesamt fast 80 Milliarden Franken zu viel bezahlt – dies ist die Hauptidee einer vom Mieterverband in Auftrag gegebenen Studie. Doch es kommt noch dicker: Gemäss einem Urteil des Bundesgerichts darf die erwähnte «beschränkte Rendite» neu sogar noch 1,5 Prozent höher sein als bis anhin.

Bruchbude für 4500 Franken monatlich? Jetzt muss die Immobilienlobby gestoppt werden.



Zum anhaltenden Rechtsbruch und der äusserst hauseigentümerfreundlichen Auslegung des Mietrechts kommt nun drittens ein politischer Grossangriff der Immobilienlobby auf die Mieterinnen und Mieter hinzu: In einer gut orchestrierten Strategie sollen mit der Umsetzung von vier parlamentarischen Initiativen das Mietrecht geschwächt und die gesetzliche Grundlage für noch höhere Mieten gelegt werden. Der erste Schritt ist schon durchs Parlament. Umgehend wurde dagegen ein von den Gewerkschaften unterstütztes Doppelreferendum lanciert.

Untervermietung wird erschwert

Nach geltendem Recht ist die Untervermietung ein verbrieftes Recht der Mieterinnen und Mieter, auch wenn es an die Zustimmung der Vermietenden gekoppelt ist. Mit der geplanten Gesetzesrevision soll nun eine Reihe von willkürlichen Gründen für die einseitige Verweigerung einer Untervermietung eingeführt werden. Neu könnte sogar schon bei leichten «Formfehlern» bei der Untervermietung quasi fristlos gekündigt werden. Das ist der erste Schlag. Mit dem zweiten soll die Kündigung wegen Eigenbedarfs erleichtert werden. Bereits heute wird «Eigenbedarf» oft nur als Vorwand benutzt mit dem Ziel, die Wohnung nachher teurer wieder auszu-schreiben. Künftig müsste dieser «Eigenbedarf» noch

nicht einmal mehr «dringlich» sein. Die Interessenabwägung würde so zwangsläufig immer zugunsten der Vermieterschaft ausfallen. Auch ältere Mieterinnen und Mieter, die seit Jahren in ihrer Wohnung leben, könnten so ohne Härtefallabwägung einfach auf die Strasse gestellt werden.

Man muss sich zweimal die Augen reiben, um zu glauben, wie unverhohlen und unverschämte die Immobilienlobby ihre Interessen politisch vorantreibt. Zwei weitere parlamentarische Raketen liegen auf der gesetzlichen Startrampe. Nach den Wahlen werden diese mit Sicherheit sogleich gezündet. Sie zielen darauf ab, die Anfechtung eines Mietzinses als missbräuchlich oder quartierunüblich weiter zu erschweren; die Logik der Marktmiete würde de facto gesetzlich festgeschrieben.

Totalausfall Parmelin

All diese Massnahmen haben gemein, dass sie die Mietpreisspirale hochdrehen und den Bestand an bezahlbaren Wohnungen weiter verringern. Als ob in den Ballungszentren überhaupt noch eine relevante Anzahl freier Wohnungen im gefragten Segment existierte! Anstelle weiterer Rückschritte braucht es im Mietrecht und auf dem Wohnungsmarkt substanzielle Fortschritte. Die Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch: Am vordringlichsten wären die sofortige Einführung einer regelmässigen Prüfung der zulässigen Mietrendite durch die Einführung einer obligatorischen Revisionspflicht sowie der schnelle Ausbau der – in der Bundesverfassung verankerten! – Förderinstrumente für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Doch der zuständige SVP-Bundesrat Parmelin steckt seit Jahren den Kopf in den Sand.

Diesem Heft liegt ein Referendumsbogen bei. Zweimal unterschreiben und sofort abschicken, bitte.

Besuch an der Berufsprüfung Hauswartin/Hauswart, praktischer Teil, in Niederhasli (Kanton Zürich)

Köbis letzte Prüfung

Berufsprüfungen dokumentieren, dass jemand zusätzlich zum Basishandwerk vertiefte berufliche Erfahrung und Spezialkenntnisse besitzt. Das VPOD-Magazin war bei den angehenden Hauswartinnen und Hauswarten in Niederhasli im Kanton Zürich zu Besuch. | Text und Fotos: Christoph Schlatter



Die Prüfungskommission, in der Mitte mit roter Krawatte Köbi Hauri, der scheidende Präsident; rechts von ihm im blauen Tschoopen Andreas Ernst, der das Prüfungssekretariat (auch weiterhin) leitet. Die Dame auf dem Gruppenbild ist Regula Juninger (3. v.l.), Chefexpertin im Fach Reinigung.

Es lächelt der Mettmenhaslisee, er ladet noch fast zum Bade, obwohl schon Oktober ist. Aber nicht zum Schwimmen sind wir hergereist, sondern zum Besuch einer Berufsprüfung: Wer den Titel Hauswartin/Hauswart mit eidgenössischem Fachausweis erwerben will, muss in dieser Woche im zürcherischen Niederhasli antraben. Zulassungsvoraussetzungen: abgeschlossene Lehre (egal welcher Couleur), mindestens 2 Jahre Berufspraxis (80 Prozent als Hauswart), der Ausweis als Berufsbildnerin/Berufsbildner und der «Computerführerschein». Noch einige weitere Belege sind erforderlich, etwa der frühere «Giftschein», der zum Umgang mit Pflanzenschutzmitteln legitimiert, oder ein Dokument über die Kenntnis wiederbelebender Massnahmen.

Fast alle haben überdies zwei Jahre lang berufsbegleitend eine vorbereitende Schule absolviert, die zwar den Erfolg an der Prüfung nicht garantiert, aber doch erheblich wahrscheinlicher macht. Wir haben nichts von alledem. Wir sind bloss zum Schauen da. Und zum Stellen dummer Fragen. Und zum Schreiben fürs VPOD-Magazin. Der VPOD organisiert vorwiegend Schulhauswarte (auch ein paar -wartinnen) und Sigrisste; hier in Niederhasli wird, bei Prüflingen wie auf Expertenseite, auch der grosse private Teil der Branche sichtbar.

Das grosse Leiterlispel

Das Schweizer Berufsbildungssystem, das unsere Bundesräte so gern ihrem ausländischem Besuch vorführen, ist einzigartig. Nicht nur wegen seiner breiten Auffäche-

rung. Nicht nur, weil jeder Weg irgendwo Anschluss hat und weil man – im Prinzip mindestens – darin wie in einem riesigen Leiterlispel von überall nach überallhin gelangen kann. Sondern und vor allem auch wegen seiner Rückkoppelung an die reale Arbeitswelt. Es soll das ausgebildet werden, was tatsächlich gefragt ist. Und weil sich die Anforderungen im «richtigen Leben» dauernd – und immer schneller – wandeln, müssen das auch die Berufsausbildungen tun.

Gleichzeitig sind sie in ein logisches System eingepasst, das in seinen vom Handwerk geprägten Grundzügen bis ins Mittelalter zurückreicht und das vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFJ sorgsam gehütet wird. Eine Lehre, die mit einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis EFZ abgeschlossen wird, muss, unabhängig vom Inhalt, vergleichbare Anforderungen stellen. Die Berufsprüfung als anschliessende Qualifizierung stellt eine erste Spezialisierung oder Vertiefung dar. Dafür gibt es den Fachausweis, während das noch höhere Niveau, die Höhere Fachprüfung, mit dem Diplom belohnt wird und im Prinzip dem früheren Meister entspricht.

Das alles lässt sich je Branche durchdeklinieren; im Bereich der Hauswartung gibt es als Basis ein EFZ Fachmann/Fachfrau Betriebsunterhalt und dann eben die Berufsprüfung Hauswartin/Hauswart, an welche wir uns begeben haben. Wer noch höher strebt, kann die Höhere Fachprüfung als Hausmeisterin/Hausmeister absolvieren, eine Titulierung, die zwar den alten (Handwerks-)Meister aufnimmt, die der VPOD aber dennoch als unglücklich erachtet. Denn in der Alltagssprache assoziiert man mit einem Hausmeister eher den dauerschimpfenden Typ von der Parterrewohnung und nicht unbedingt ei-

nen, der noch deutlich mehr kann und weiss als ein Hauswart.

Rund 300 Menschen aus der ganzen Schweiz (ungefähr ein Zehntel davon weiblich) absolvieren heuer die Berufsprüfung, die sich über 6 Tage erstreckt. Für die einzelnen Prüflinge bleibt's bei einem Tag (also kommen täglich 50 dran), von den ebenfalls rund 300 Expertinnen und Experten sind die meisten länger anwesend. Ein grosses Kunststück, all die Leute zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu haben! Zumal auch die Expertengilde zuvor geschult, gebrieft und auf gemeinsame Kriterien verpflichtet werden muss. Fairness ist bei einer Prüfung oberstes Gebot. Alles soll so sauber dokumentiert sein, dass das Urteil möglichst auch einem Rekurs durchgefallener Prüflinge standhielte (was gottlob selten nötig wird).

Das Urinal im Schulzimmer

Auch der Materialaufwand für so eine Prüfung ist enorm. Im Sekundarschulhaus Seehalde in Niederhasli ruht herbstferienhalber der Normalbetrieb: Grünes Licht für 8 Lastwagen à 25 Tonnen, die nötige Ware herbeizuschaffen, um das Areal für den grossen Prüfungs-Postenlauf umzugestalten. Maschinen, Werkzeug, Verbrauchsmaterial, Pflanzen wurden geliefert, Zelte – auch eins für die Verpflegung – errichtet, Beschriftungen angebracht. Das Dach für die Gartenarbeiten – ein Teil des Fachs «Sport-, Aussen- und Grünanlagen» – hät-

te es wegen des schönen Wetters heuer gar nicht gebraucht. Man hat aber auch schon Jahrgänge erlebt, wo das Einpflanzen von Stauden und Sträuchern oder das Rasenmähen und -trimmen zur eigentlichen Schlamm-schlacht geriet.

Im Fach «Reinigung» lernt auch noch der unbefleckte Besucher den länderübergreifenden Farbcode, mit dem Reinigungstextilien ihren Flächen zugewiesen sind. Die Farbe rot gilt dem schmutzigsten Bereich im Abort, mit gelb werden übrige Sanitärflächen gesäubert (aber nicht, wie der Laie vermuten würde, der Spritzbereich am Urinal, der ist rot!), grüne Tücher gehören in die Küche, blaue sind für Büros und für andere Etablissements, wo grusige Gerüche seltener sind und die Verschmutzungen weniger herb. Das Zusammenspiel von Mechanik und Chemie ist das A und O der Reinigung. Welches Mittel und welches Instrument für welche Aufgabe geeignet sind? Das müssen die Prüflinge bitte selbst herausfinden. Und dann gleich zur Tat schreiten. In der Turnhalle bitte den Rändern besondere Beachtung schenken!

Im Fach «Gebäudeunterhalt» kann man zuschauen, wie ein Zigarettenloch im Teppich elegant ausgehoben und ersetzt wird, so dass die geflickte Stelle kaum mehr erkennbar ist. Dieses Pissoir dort mitten im Schulzimmer gehört zum Prüfungsteil «Gebäudetechnik». Es ist «echt» und könnte theoretisch bespielt werden. Die Prüflinge sollen aber nicht biseln, sondern eine Verstopfung beseitigen oder die adäquate Verweil- und Spülzeit einrichten. «Administration und Mitarbeiterführung» sowie «Vernetzung und Kommunikation» sind jene beiden Prüfungsfächer, bei denen man nicht nur «machen», sondern auch reden, kommunizieren, präsentieren können muss. Ein wesentlicher Teil in einem Metier, das ja häufig Schnittstelle und Scharnier ist, das vermittelt, übersetzt, erklärt, Bedürfnisse erhebt und aufeinander abstimmt. Eine Hauswartin, ein Hauswart muss für die unterschiedlichsten Nutzergruppen den richtigen Ton finden.



... welche Flasche und welche Lumpenfarbe für welchen Zweck?

Aber was, wenn die Mitteilungen über den Prüfungserfolg verschickt (ein knappes Viertel ist durchgefallen), die Fachausweise gedruckt sind? Dann finden die Arbeitgeber, auch die öffentlichen, weitere 229 ausgewiesene Berufsleute, bei denen man mit Fug und Recht davon ausgehen kann, dass sie Verantwortung für Sachen und Menschen zu schultern wissen. Aber auch die Absolventen selbst haben etwas davon, etwas «Eigenes». Mit dem Fachausweis verbessern sich Mobilität und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gewiss: Es ist gut möglich, dass der bisherige Arbeitgeber den neuen Titel nicht mit mehr Lohn würdigen kann oder mag. Aber dann schaut man sich eben ein wenig um. Und lässt den Arbeitgeber merken, dass man das tut.

Stärkung der Arbeitnehmenden

Die so erzeugte Stärkung der Arbeitnehmenden im Gesamtsystem ist der Grund, warum die Gewerkschaften an der Berufsbildung seit je beteiligt sind. Auch vorliegend spielte der VPOD eine wichtige Rolle. Vor allem in Gestalt von VPOD-Urgestein Köbi Hauri, der sich als Präsident der Prüfungskommission grossen Ruhm erworben hat. Die Prüfung ist ein Hit: Seit 1990, als sie «erfunden» wurde, sind 7500 Fachausweise ausgestellt worden. Kollege Hauri will jetzt aber doch, mit 71 Jahren, langsam ein bisschen pensionierter werden, und tritt vom Amt zurück. Die Wertschätzung, die ihm an dieser – seiner «letzten Prüfung» – von allen Seiten entgegenweht, ist fast mit Händen zu greifen.

Prüfungswissen: Welches Gerät, ...



Zahlreiche VPOD-Kolleginnen und -Kollegen sowie andere Gewerkschaftsleute bestätigt, andere leider abgewählt

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Dass das Parlament insgesamt nach rechts gerückt hat, verheisst zumindest Erschwernis für gewerkschaftliche Anliegen in Bundesbern. Die VPOD-Vertretung dort ist, trotz einigen Enttäuschungen, weiterhin ansehnlich.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Keystone)



Die Blätter fallen, fallen wie von weit – Wahlherbst in der Schweiz.

Grünen durch SP-Zugewinne kompensiert – lässt sich auch andernorts beobachten. Unterm Strich bleibt aber für die Ratslinie eine Schwächung um 5 Stimmen (denn auch Solidarités bzw. PdA haben ihre 2 Sitze eingebüsst).

SP und Grüne kommen zusammen noch auf 64, also nicht ganz ein Drittel der Sitze. Immerhin hat auch der rechtsbürgerliche Block keine absolute Mehrheit. Das Geschäft von Allianzen mit der (gestärkten) Mittepartei und den (reduzierten) Grünliberalen wird komplizierter, bleibt aber möglich. Ein Glanzresultat erzielte Samira Marti (SP Baselland), auch Manuela Weichelt (Grüne Zug) beispielsweise verteidigte ihren Sitz ohne Zittern. Nahtlos beerbten Nina Schläfli (Thurgau) und David Roth (Luzern) ihre ebenso sozialdemokratischen Vorgängerinnen (Edith Graf-Litscher bzw. Prisca Birrer-Heimo). Im Kanton Zürich hat die SP sogar einen 8. Sitz gewonnen; allerdings konnte ihn VPOD-Regionalpräsidentin Michèle Dünki-Bättig trotz prima Listenplatz nicht ergattern, weil sie von den que(e)r eingestiegenen Anna Rosenwasser und Islam Alijaj abgedrängt wurde.

Hoffnung fürs Stöckli

Manch Erfreuliches ist für den Ständerat zu melden, wo zweite Wahlgänge noch Chancen für die Linke bieten. Im ersten ist Daniel Jositsch (Zürich) ins Stöckli gezogen, dito Eva Herzog (Basel-Stadt) und Mathilde Crevoilier (Jura) sowie SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard (Waadt). Auch Flavia Wasserfallen (Bern) hat dermassen überzeugt, dass sich überzählige Konkurrenz sogleich verflüchtigt hat. Eine gute Ausgangslage für den zweiten Lauf hat sich Franziska Roth (Solothurn) erarbeitet; spannend macht es Simon Stocker (Schaffhausen).

Eine spezielle Nervenprobe wurde der Wahlsonntag für zahlreiche Grüne, denn ihrer Partei war ein deutliches Minus ge-weissagt. Am Ende blieb es bei 5 verlorenen Sitzen – verhältnismässig gnädig angesichts des Einbruchs um 3,4 Prozentpunkte. (Bei den durch Proporzpech ungleich härter bestrafte Grünliberalen wandelte sich eine Einbusse von lediglich 0,2 Prozentpunkten in den Verlust von 6 Sitzen.) Die «echten» (melonen-grün-roten) Grünen mussten im Kanton Zürich lange die Reduktion des bisherigen Quintetts auf ein Trio befürchten; erst spät am Wahlabend kam die Erleichterung für Katharina Prelicz-Huber auf Platz 4: Die scheidende VPOD-Präsidentin hat ihr Mandat dank der Listenverbindung mit SP und AL und mit den Stimmen aus Winterthur-Seen gerettet.

Die Würze entfällt

Weniger glücklich aus VPOD-Sicht der Wahlausgang im Kanton Bern: Auch dort

mussten die Grünen herbe Verluste einstecken; sie verlieren einen von 4 Sitzen. Über die Klinge springen musste Natalie Imboden. Die verpasste Wiederwahl wirkt auch in den VPOD hinein, denn die abgewählte Kollegin hat ihre Kandidatur für das VPOD-Präsidium zurückgezogen. Aus ihrer Sicht ist das Amt an die Vernetzung im Parlament gekoppelt – ein nachvollziehbarer, wenn auch bedauerlicher Entscheid. Dem VPOD-Kongress wird, weil die Kampfwahl entfällt, ein wenig die Würze fehlen.

Dort wird jetzt Christian Dandrès als einziger Kandidat für den VPOD-Vorsitz auftreten – sofern nicht noch, was theoretisch möglich wäre, jemand spontan den Handschuh in den Ring wirft. Der SP-Nationalrat hat sein Mandat in Genf mit Bravour verteidigt; auch hier fand eine Korrektur statt, indem die SP den von vier Jahren an die Grünen verlorenen 3. Sitz zurückeroberte. Das gleiche Prinzip – Verluste der

Margarethe von Trotta Ingeborg-Bachmann-Film «Reise in die Wüste» bedient ein überholtes Narrativ

Abgestandene Bilder

Wenn zwei literarische Grössen vom Kaliber einer Ingeborg Bachmann und eines Max Frisch eine Liebesbeziehung eingehen, beschäftigt das die Nachwelt auch noch im folgenden Jahrhundert. Der Film von Margarethe von Trotta bebildet eine widerlegte Erzählung. | Text: Christoph Schlatter (Filmstill: Anna Kriepps/Filmcoopi)

Die Ungeduld der Margarethe von Trotta ist verständlich. Eine Regisseurin jenseits der 80 hat für ihre Projekte nicht mehr ewig Zeit. Im Fall des neuen Ingeborg-Bachmann-Films «Reise in die Wüste» hätte sich Warten (oder um Vorab-Einsicht Verhandeln) gelohnt: Nach dem Dreh, aber vor dem Kinostart wurde der Briefwechsel zwischen Max Frisch und Ingeborg Bachmann öffentlich. Die Korrekturen, die er am Bild dieser Säulenheiligen der Nachkriegsliteratur vornimmt, konnte die Regisseurin nicht mehr einarbeiten. Hätte sie es überhaupt gewollt?

Mindestens psychisch gewalttätig?

Lange hielt sich – auch wegen des schlimmen Todes von Bachmann und der letzten Worte in ihrem Roman «Malina»: «Es war Mord.» – die These, dass Max Frisch an der Tragik des Lebens und Sterbens seiner einstigen Geliebten eine wie auch immer geartete Mitschuld trage. Auch der Vor-

wurf, er habe seinen «Gantenbein»-Roman gegen den erklärten Willen Bachmanns publiziert, stand im Raum. Das ist widerlegt: Ingeborg Bachmann hat das Manuskript gelesen, Max Frisch hat ihre Änderungswünsche berücksichtigt.

Der Film hingegen bedient unbeirrt das Narrativ des mindestens psychisch gewalttätigen Machos und seines weiblichen Opfers. Ja: Frisch war, wie die Männer seiner Generation für gewöhnlich, mit ausgeprägtem Ego und nicht beliebig ausdehnbarer Empathie ausgestattet. Aber er war gewiss nicht so tumb, wie von Trotta ihn zeichnet. Allein schon dieses chauvinistische «Mein Mädchen», mit dem der Film-Max seine Film-Ingeborg titulierte! In den Briefen aus dem richtigen Leben spricht er sie an mit «Meine geliebte Ingeborg!», «Ach Inge, du meine Inge», «Liebe ferne Ingeborg!», «Geliebte Ingeborg», «Ingeborg, du, meine Ingeborg!», «Geliebteste Frau!», «Mein liebes Herz»...

Leidenschaft und Begehren zwischen Frischverliebten? Bei von Trotta nicht wahrnehmbar. Frischs tiefe Bewunderung für die Kollegin? Mit Sätzen wie «Du hättest mir lieber ein anständiges Abendessen bereiten sollen» geleugnet. Bachmanns fatale Abhängigkeit von Barbituraten, die für manche ihrer Volten ursächlich war? Angedeutet, aber nicht weiter ausgeführt. Im Film ist die Vernichtung von Frischs Tagebuch durch Bachmann in Rom (in Wirklichkeit viel früher in Uetikon) ein Akt verzweifelter Auflehnung. Das Scheitern der Liebenden hat aber auch mit der bleiernen Zeit zu tun, in der sie leben, mit einer Gesellschaft, die zwei Gleichrangige nicht als Paar denken kann.

Unheilkündendes Feuer

Trotz des Furors der Regisseurin – und allerlei unheilkündender Szenen mit Feuer – bleiben die Gestalten des Films blutleer. Am lebendigsten ist noch Tobias Resch als bisexueller Adolf Opel, mit dem die Verlassene sich in der Wüste zu kurieren sucht. Doch selbst eine Saftwurzel wie Ronald Zehrfeld vermag aus seinem Frisch kein Mannsbild aus Fleisch und Blut zu machen. Vicky Kriepps' Ingeborg Bachmann ist eine schöne Erscheinung, vermittelt aber wenig von deren innerer Zerrissenheit.

Margarethe von Trotta hat früher schon da und dort ihre Message über die Fakten gestellt, ohne dies zu deklarieren – speziell beim Echtheit suggerierenden NS-Drama «Rosenstrasse». Auch vorliegend stülpt sie realen Personen ihre eigene Erzählung über; hier geht das auf Kosten von Max Frisch. Und es macht auch Ingeborg Bachmann kleiner, als sie ist. Fast möchte man à la «Malina» sagen: «Es war Rufmord.»

Gescheiterte Liebe: Max Frisch (Ronald Zehrfeld) und Ingeborg Bachmann (Vicky Kriepps) im Film «Reise in die Wüste».



«Reise in die Wüste» läuft jetzt im Kino.



Freude herrscht: Basler Kita-Personal erhält endlich bessere Löhne.

Chaos regiert: Am Flughafen Zürich ist die Gepäcksortierung unterdotiert.



mentenpreise zwischen Dezember 2020 und August 2023 um 6,4 Prozent erhöht. Auch diese Zahl bildet die reale Teuerung namentlich für die gering und mittel Verdienenden nicht voll ab, weil der Anstieg bei Mieten, Energie und Krankenkassen höher war. Auf der anderen Seite stehen Steuersenkungen, von denen lediglich die Reichen profitieren. Der Staatskasse fehlt dadurch eine Vier- oder Fünfmilliarde Franken. Der VPOD verlangt für die Angestellten des Kantons Waadt eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Prozent. | *slt*

Basel: Mehr Lohn für das Kita-Personal

Der Grosse Rat von Basel-Stadt spricht sich für Verbesserungen fürs Kita-Personal aus und kommt damit einem Teil der Forderungen nach, die eine VPOD-Petition erhoben hatte. In den Hearings in der Bildungs- und Kulturkommission ist es den Kita-Mitarbeitenden des VPOD gelungen, die unhaltbare Situation in den Betrieben darzulegen. Die Folge ist eine Angleichung der Löhne des Kita-Personals an diejenigen in den (schulbegleitenden) Tagesstrukturen. Auf die Forderung, auch den Betreuungsschlüssel zu verbessern, geht der Grosse Rat nur halbherzig ein: Zwar werden, wie vom VPOD verlangt, Praktikantinnen für den Schlüssel nicht mehr angerechnet, was den verbreiteten Vorpraktika den Garaus machen sollte. Dass diese Kräfte einfach durch unqualifiziertes Personal ersetzt werden können, ist aber weder im Sinn des VPOD noch im Interesse der Kinder und ihrer Eltern. | *vpod (Foto: romrodinka/iStock)*

Tessin: Am falschen Ort gespart!

Die Tessiner Gewerkschaften (VPOD, OCST und «Unabhängige») rufen für den 22. November zu einer Grossdemonstration nach Bellinzona. Das Motto: «Basta!». Die Nase voll haben die Organisationen von Kürzungen, wie sie der Staatsrat im Rahmen des Budgets 2024 vorsieht. Ebenso verfehlt ist aus ihrer Sicht das Vorhaben, die Kantonsrechnung bis Ende 2025 à tout prix ausgeglichen zu gestalten (auch wenn das vom Volk beschlossene «Morisoli»-Dekret es so vorsieht). Die jetzt im Raum stehenden Einschnitte haben ein Volumen von 134 Millionen Franken und betreffen in erster Linie den Sozialbereich: Kürzung der Krankenkassenprämienverbilligung, Einsparungen im Behinderten- und im Altersbereich. Ausserdem sind die Löhne im Visier. Falls das Parlament der Regierung folgt, droht ein Referendum. | *vpod*

Waadt: 1,8 Prozent sind viel zu wenig

Die Demonstrationen zeigen Wirkung: Der Staatsrat der Waadt hat einen Budgetentwurf vorgelegt, der für die Beschäftigten im öffentlichen und im subventionierten Bereich immerhin 1,6 Prozent Lohnerhöhung vorsieht, dazu zusätzliche 0,2 Prozent, welche von der Protestbewegung in diesem Frühling erstritten wurden. Trotzdem ist der VPOD mit dem Vorgeschlagenen nicht zufrieden. Die Steigerung der Lebenskosten werde damit bei Weitem nicht ausgeglichen, betont er. So hat sich der Landesindex der Konsum-

Flughafen Zürich: Wo (Koffer-)Berge sich erheben

Die Zuverlässigkeit des Gepäckmanagements am Flughafen Zürich leidet gemäss einem Bericht von *Nau.ch* unter dem anhaltenden Personalmangel. Swissport-Sprecherin Nathalie Berchtold sprach gegenüber dem Online-Magazin von einer Zunahme der Unregelmässigkeiten um ungefähr ein Drittel gegenüber der Vor-Corona-Zeit. Dass Flugzeuge unvollständig beladen sind, wenn sie aus Zürich abfliegen, ist keine Seltenheit; aus anderen Destinationen landen Maschinen zur Gänze *ohne* oder mit dem falschen Gepäck. Berchtold ortet die Hauptursachen für das Koffer-Chaos bei Engpässen und zu kurzen Umsteigezeiten an den Ausgangsflughäfen. Der VPOD hingegen sieht den hausgemachten Personalnotstand im Vordergrund, der nur durch bessere Arbeitsbedingungen dauerhaft zu beheben ist. Eine zu dünne Personaldecke führt automatisch zu einem erhöhten Krankenstand, weil das dauernde Einspringen ermüdet. Die übermässige Fluktuation verhindert zudem, dass sich Abläufe optimal einspielen können. | *vpod (Foto: Ralf Geithe/iStock)*

Ein Gespräch mit Christian Dandrès, SP-Nationalrat Genf, der Katharina Prelicz-Hubers Nachfolger im VPOD-Präsidium werden will

«Die Gewerkschaft wirkt vor Ort»

Für das Präsidium des VPOD – Wahl am 17. November in Locarno – bewirbt sich nach dem Rückzug von Natalie Imboden nur noch Christian Dandrès, SP-Nationalrat aus Genf. Das VPOD-Magazin sprach mit ihm über Ziele und ihre Voraussetzungen. | Interview und Fotos: Christoph Schlatter)

VPOD-Magazin: Christian Dandrès, ist dir langweilig? Leidest du an Unterbeschäftigung? Oder warum strebst du ein Amt an, das viel Belastung bei mässiger Entschädigung und überschaubarem Ruhm bietet?

Christian Dandrès: Ich vertrete eine kämpferische und kollektiv orientierte gewerkschaftliche Linie – um dieses Projekt voranzubringen, trete ich an; um mich als Person geht es dabei nicht. Im VPOD Genf war man auf der Suche nach Kandidaturen, idealerweise nach Basismitgliedern aus einer der Schlüsselbranchen. Aber es handelt sich um ein exponiertes und zeitlich belastendes Mandat, für das von den Angefragten niemand bereit war. So hat man sich an mich gewandt mit der Frage, ob ich – Mitglied seit über 20 Jahren – dieses Gewerkschaftsprojekt durch eine Kandidatur voranbringen möchte.

Ähnlich tönt Frau Martullo: Sie wolle nicht in den Bundesrat, aber falls das Land nach ihr rufe...

Ich will niemanden erlösen. Erst recht

denke ich nicht, dass es ohne mich nicht geht. Ich finde es schade, dass wir als Nachfolge für Katharina Prelicz-Huber niemanden von der Basis haben. Aber unter den gegebenen Voraussetzungen erachte ich meine Bewerbung als legitim. Ich mache mir aber keine Illusionen über die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und über die enorme Arbeit, die sich daraus für den VPOD ergibt. Die Abwehr der Angriffe auf die Beschäftigten und die Verteidigung des Service public

können uns nur dann gelingen, wenn sie auf der Organisation der Erwerbstätigen in unserem Bereich fussen.

Daran will ich arbeiten.

Dass du im Nationalrat bist: Hilft uns das einfach darum, weil du bekannt bist und auch mal ins Fernsehen eingeladen wirst? Oder

gibt es wirklich Dinge, die du im Rat in unsere Richtung beeinflussen kannst? Wir sind ja fast immer in der Minderheit!

Was in den Räten entschieden wird, ist wichtig, und wir müssen Gegensteuer zur bürgerlichen Politik geben. Aber das Wichtigste geschieht nicht im Bundeshaus. Um die Gewichte tatsächlich zu verschieben

und die Gesellschaft sozialer zu gestalten, müssen wir

eine echte Mobilisierung erzeugen, in unserem Fall mit den staatlichen Angestellten und jenen aus den subventionierten

Bereichen. Diese Kampagne richtet sich auch an die

Nutzerinnen und Nutzer des Service public: Der VPOD kann eine zentrale Rolle spielen, etwa wenn es darum geht, die Arbeitsbedingungen der Pflegenden zu verbessern und gleichzeitig das qualitativ hochstehende Gesundheitswesen zu verteidigen. Das geht ja Hand in Hand. Die Kämpfe finden also «sur terrain» statt.

In Genf, wo du lebst, sind die Gewerkschaften anders unterwegs als in der Deutschschweiz. Und es wird auch leichter und öfter gestreikt. Gell?

Die Lage in Genf unterscheidet sich nicht so sehr vom Rest der Schweiz. Die Unternehmer und ihre Vertretungen in der Politik können die Lohnabhängigen nur besonders leicht auseinanderdividieren, indem sie die Grenzgängerinnen gegen die in der Schweiz Wohnhaften in Stellung bringen. Aber der Lohndruck und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen betreffen alle. Und sie sind schweizweit Realität. Die Antwort des VPOD: Wir schützen die Beschäftigten, unabhängig von ihrem

«Unsere Antwort auf den Lohndruck: Wir schützen die Arbeitnehmenden, egal wo sie wohnen oder welchen Pass sie haben.»



Pass oder Wohnort. So haben wir in Genf beispielsweise einen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde erkämpft – für alle. **So föderalistisch wie die Schweiz ist, so föderalistisch ist auch der VPOD – so weit, so gut. Bloss wird die Zahl der Arbeitgeber, mit denen wir verhandeln, durch Auslagerungen immer grösser. Was müssen wir tun, um uns nicht zu verzetteln? Wie wahren wir trotz Vielfalt die Unité de doctrine?**

Wir vermögen nicht auf alles zu reagieren, was uns entgegenschwappt. Wir haben dafür nicht die Strukturen in den Betrieben und nicht das nötige Personal. Also müssen wir zurück auf den Wachstumspfad. Und dieser Weg führt über die kollektive Dynamik. In einigen Kantonen haben wir den Turnaround bereits erreicht. Wie schaffen wir das auch in der Deutschschweiz? Zentral ist und bleibt das Engagement vor Ort: in den Betrieben, den Verwaltungen, den Spitälern, den Heimen. In erster Linie muss der VPOD die Mobilisierungen dort unterstützen. Gleichzeitig muss er sich dafür stark machen, dass diejenigen, die sich gewerkschaftlich engagieren, auch geschützt sind. Ohne diesen Schutz lässt sich nicht vernünftig über GAV verhandeln, und auch die Verteidigung eines Service public von Qualität ist schwer möglich.

Du spielst auf die Rüge der ILO an und auf den Prozess, der – in der Folge der Entlassungen am Spital «La Providence»

in Neuenburg – noch beim Gerichtshof für Menschenrechte hängt ist?

Genau. Die Arbeitnehmerrechte bestehen in der Schweiz lediglich auf dem Papier. Denn ein Unternehmen kann letztlich alle, die irgendein Recht einfordern, hinauswerfen. Und selbst beim eng definierten Personenkreis, für den das gemäss Bundesgericht nicht so einfach möglich ist, sind die Sanktionen für den Arbeitgeber lächerlich: 2 oder 3 Monatslöhne im «schlimmsten» Fall. Dieses Bild hat sich nach der Geschichte mit «La Providence» noch weiter verdüstert. Das Bundesgericht gibt den Unternehmen das Recht, Arbeitnehmererrungenschaften zu zerschlagen, und es verbietet den Betroffenen, sich dagegen zu wehren. Die bürgerliche Rechte und die Behörden der Schweiz weigern sich, den minimalen Rechtsrahmen zu garantieren,

«Die Arbeitnehmerrechte bestehen in der Schweiz bloss auf dem Papier.»

«Der VPOD braucht Vertrauensnetzwerke in den Betrieben und den Schulterchluss mit den Nutzerinnen und Nutzern des Service public.»

der sonst in Europa Standard ist und der auch von internationalen Konventionen zugesichert wird.

Du hast die Mitgliederentwicklung angesprochen, die in der französischen und der italienischen Schweiz besser aussieht als in der Deutschschweiz. Aber funktionieren in der Deutschschweiz die gleichen Rezepte?

Unterschiedliche Mentalitäten sind jedenfalls nicht die Erklärung! Nehmen wir Freiburg, einen traditionell konservativen Kanton. VPOD-Vertrauensnetzwerke sind dort in allen wichtigen öffentlichen

Institutionen, beispielsweise im Kantons-
spital, präsent. Und wenn die Arbeitsbedingungen angegriffen werden, können

wir im Verbund mit den Nutzerinnen und Nutzern zur

Gegenwehr schreiten.

Das funktioniert:

Es gab mehrere

sehr gut befolgte

Streiks. Auf diese

Weise kann man ge-

meinsam eine Antwort auf

allfällige Abbaupläne entwickeln. Und es

lassen sich auch die Angst und die allge-

meine Fragmentierung überwinden. Der

VPOD muss den Raum bieten, wo solche

Solidarität gelebt und weiterentwickelt

werden kann. Er muss das Werkzeug der

Beschäftigten sein.

Nehmen wir mal den Luftverkehr als

Beispiel. In Zürich haben wir da gegen

1000 Mitglieder; vor allem bei der

Gepäcksortierung sind es überwiegend

bis ausschliesslich Männer. Die haben

unter Corona um ihre Jobs gezittert. Und

haben auch danach noch Löhne,

von denen man kaum leben

kann. Warum um Himmels

willen sollten sie in eine

Gewerkschaft eintreten, die

einen Frauenstreik nach

dem anderen organisiert?

Der VPOD ist stark in Sektoren, wo

die Frauen die Mehrheit der Beschäftigten

darstellen. Er war darum eine der Trieb-

kraften für den Feministischen Streik. Aus

dieser Mobilisierung resultierten Forderungen,

die weit über die Lohngleichheit hinaus-

gehen: Die Ausbeutung der Menschen

und die Anhäufung immenser Reichtümer

durch wenige beenden! Der Feministische

Streik hat also ein gesellschaftliches Projekt

vorgeschlagen, das auf menschlicher Würde

und auf den Bedürfnissen der Bevölkerung

beruht. Das ist die gleiche Forderung, wie

sie die Arbeiter am Flughafen haben. Auch

die in Genf, die in diesem Sommer gestreikt

haben. Wir dürfen den Frauenstreik nicht

als Gegensatz zu anderen Lohnkämpfen

sehen, im Gegenteil: Die Kämpfe befeuern

und verstärken sich gegenseitig.

Die Handwerksberufe im VPOD haben

sich auf den Kongress hin mit einem

Antrag bemerkbar gemacht: Sie wollen



Portrait Christian Dandrès, Rechtsanwalt, Nationalrat SP, Genf

Wallis – Welt einfach

Christian Dandrès ist – buchstäblich – Anwalt für eine bessere Welt. Dass das mit viel Knochenarbeit und eher wenig Glamour korrespondiert, nimmt der Genfer SP-Nationalrat, Kandidat für das VPOD-Präsidium, in Kauf. Auch wenn daraus ein fast schon asketisches Image resultiert. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Wohin zieht es einen jungen Walliser aus christlich-sozialem Milieu, der die Jurisprudenz und die Welt kennenlernen möchte? Sofern er aus dem französischen Teil des Kantons stammt, ist Genf sein natürliches Habitat. An der dortigen Uni tummeln sich Studierende aus zahlreichen Ländern, und es gibt Diskussionen zu Fragen von Krieg und Frieden, von Arm und Reich, von Fortschritt und Revolution. Wer da nicht links wird, wird es nimmermehr. Eine Erweiterung der Studien- und Lebenserfahrung in Frankreich schmückt jedes Curriculum. Im Fall von Christian Dandrès wird dabei auch gleich die Lebensgefährtin und spätere Ehefrau entdeckt. Die Familie wuchs auf 3 Köpfe und wohnt in einem der mittelgrossen Vororte Genfs. Nur 2 Kilometer sind es von dort nach Frankreich.

Unwuchten und Schieflagen

Ja, dieses Genf! In 10 Jahren im Grossen Rat hatte Christian Dandrès ausreichend Gelegenheit, die Unwuchten und Schieflagen des Kantons zu studieren. Da ist etwa die Tatsache, dass 40 Prozent der Wohnbevölkerung keinen Schweizer Pass besitzen. Vom Rest lässt sich gerade noch ein gutes Drittel zur Urne herbei, so dass die Geschicke des Kantons von einer kleinen Minderheit bestimmt werden. Was die Parteien anbelangt, haben die Grünen in Genf ihr welsches Machtzentrum, und die FDP verfügt traditionell über einen starken radikalen Flügel, mit dem Allianzen nicht ausgeschlossen sind. Rechts grast das populistische Mouvement citoyens genevois geschickt in SVP-Gründen.

Der SP ist Christian Dandrès schon zu Studienzeiten beigetreten, weil sie auf der Seite der Mietenden und der Arbeitnehmenden steht. Und weil sie – gerade in Genf, einem Hotspot internationaler

Bewegungen – auch eine globale Perspektive besitzt.

Die Gegensätze Genfs bilden eine fortwährende Motivation für Christian Dandrès' Wirken. Es gibt hier unermesslichen Reichtum mit Seeanstoss, eigentliche Parallelgesellschaften, aber es gibt auch, stärker als anderswo, Prekarität. Während der Pandemie hat sich ein Teil der sonst verborgen lebenden Sans-Papiers zeigen müssen, um an

ihr Essen zu kommen. Hinter der Fassade so mancher ausländischen Vertretung, wo das Schweizer Recht nicht greift, existiert Ausbeutung bis hin zur Sklaverei. Auch von den Angestellten der internationalen Organisation leben viele in Ungewissheit: Ein Putsch daheim – und futsch ist die ganze Existenz.

Als Jurist und Rechtsanwalt vertritt Christian Dandrès diejenigen, die in dieser Gemengelage die Schwachen sind. Beim Westschweizer Mieterverband Asloca liegt *ein* Schwergewicht; für den VPOD hat er seit Jahren ein allgemeines Mandat für die Westschweiz. Der bedeutendste Fall ist inzwischen in Strassburg hängig – eine Prognose, wann er beurteilt wird, lässt sich nicht geben. Es geht um Elementares: Darf ein bestreikter Arbeitgeber sein ihm lästiges Personal einfach so feuern? So wie es das Privatspital «La Providence» in Neuenburg getan hat, als es die Bedingungen des kantonalen Gesundheits-GAV nicht mehr erfüllen wollte? Dass der Europäische Gerichtshof für Menschen-



Christian Dandrès ist voll auf die Verbesserung der Welt fokussiert.

rechte die Klage als zulässig erachtet, kann bereits als Erfolg gewertet werden.

Der Sache verpflichtet

Die einzige Frage, die Christian Dandrès ein wenig in die Enge treibt, ist diejenige nach den Hobbys. Er nennt die Familie und auf weitere knallharte Investigation hin das Lesen, wobei er zugibt, dass die Lektüre zu guten Teilen aus Akten sowie Sach- und Fachliteratur besteht. Man könne ein Pensum, wie er es sich verordnet hat, nur mit Fokussierung aufs Wesentliche schaffen, findet er. Das bedeutet auch, dass er sich am gesellschaftlichen Leben Bundesberns, an Umtrinken und Empfängen und anderen Lustbarkeiten, kaum beteiligt (im Gegensatz zu anderen, die – fernab von der heimatlichen Kontrolle – ein wenig über die Stränge schlagen). Die Assoziation «Mönch», die sich an dieser Stelle anbietet, weist Christian Dandrès nicht einmal zurück; er sieht sich selber so: als strengen, konzentrierten Schaffer für eine bessere Welt.

verstärkten Aufbau im handwerklichen Bereich – bei Bau Land Forst, Wartung und Reinigung, im Nahverkehr, bei der Feuerwehr. Stattdessen investieren wir seit Jahren massiv in die sogenannten Aufbaubereiche, ohne dass dort der Organisationsgrad wahrnehmbar wächst.

Trotzdem muss der VPOD dort eine wichtige Rolle spielen, speziell im Gesundheitswesen. Die Privatisierung ist schon weit fortgeschritten. Die Rechte hat das Krankenversicherungsgesetz so geändert, dass Privatkliniken die öffentlichen Spitäler bedrängen können. Bei den letzteren führt das System zu Überlastung, zu Unterbesetzung und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Hände reiben sich die privaten Gesundheitskonzerne und die Zusatzversicherungen. Auch in anderen einst öffentlichen Domänen schreitet die Privatisierung fort; der VPOD muss kämpfen. Und er kann gewinnen: So haben wir in Genf erreicht, dass die Gefangenentransporte, die ausgelagert waren, wieder in staatliche Hand zurückkamen. Bei den Kitas haben wir an einigen Orten in der Romandie die Rekommunalisierung geschafft. 2018 sind die Beschäftigten in der Waadt gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern – also den Eltern – gegen die Degradierung der Kitas und des Kita-Personals vorgegangen. Es ist also möglich, den Privatisierungstendenzen zu widerstehen, ja teilweise sogar den Spiess umzudrehen. Und zwar immer in der Allianz der Angestellten mit den Konsumentinnen. Denn wo es dem

Personal gut geht, werden auch die Kundinnen oder Patienten gut behandelt. Im Spital hängen letztlich Menschenleben von den Arbeitsbedingungen der Pflege ab! **Im deutschen Gesundheitswesen sieht man, wohin man mit Privatisierung kommt. Falsche Anreize, so weit das Auge reicht, und überall, wo Profit winkt, haben Private ihre Finger im Spiel. Um die Versorgung kümmern sie sich nicht. Beim Nahverkehr haben wir es in der Schweiz vergleichsweise gut gemacht. Indem wir Profit an Private ausgeschlossen haben, sind wir für die internationalen Player nicht interessant.**

Die Auseinandersetzungen finden auch in diesem Bereich statt. Eine wichtige Weichenstellung war das Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz 2002. Ein grosser Sieg, mit dem sich gezeigt hat: Der Erhalt des Service public dient den Interessen der Bevölkerung besser als Deregulierung und Privatisierung, wie sie sonst in Europa um sich gegriffen haben. **Stichwort Europa: Es gab eine ganze Reihe von arbeitnehmerfeindlichen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs. Das mag sich ein wenig geändert haben. Trotzdem bleibt – auch angesichts des EU-Verbots «staatlicher Beihilfen» – die Frage, wie die Schweiz ihr Verhältnis zur EU regeln kann, ohne dass sie in den Liberalisierungsstrudel gerät. Und ohne dass der Lohnschutz leidet.**

Die EU beruht auf den vier Freiheiten, ... **... nämlich dass Dienstleistungen, Waren, Personen und Kapital frei zirkulieren können ...**

... und ist in diesem Sinn ein vollkommen neoliberales Projekt. Gleichzeitig sind soziale und Arbeitnehmer-Rechte etwa in den grossen Nachbarländern der Schweiz viel besser abgesichert als bei uns. Nicht wegen der EU, sondern wegen der Kraft der Arbeitnehmenden. Die EU lässt die Beschäftigten kontinentweit gegeneinander antreten; das ist ihre Politik. Die Folgen waren so drastisch, dass inzwischen Korrekturen in Form von sozialen Mindeststandards angebracht wurden. Das heisst nicht, dass

die EU ihren Charakter geändert hätte. Für uns heisst das: Natürlich müssen wir die Regel «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» verteidigen. Wir dürfen uns aber nicht zu sehr auf die technischen Details wie die 8-Tage-Voranmeldefrist versteifen. Der Lohndruck entsteht nicht so sehr durch entsandte Arbeitnehmende, sondern er resultiert aus unseren beschränkten Arbeitnehmerrechten vor dem Hintergrund offener Grenzen. Jetzt steht in dieser EU-Debatte ein strategisches Fenster offen, daran etwas zu ändern. Das sollten wir nutzen, um mehr Rechte und die Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit zu erlangen. Sagen wir also den Bürgerlichen: «Wenn ihr ein Abkommen mit der EU wollt, dann gebt uns im Gegenzug ein Arbeitsrecht, das mit dem eurer Exportländer auf gleicher Höhe ist.» Etwa dem deutschen.

Sehe ich das richtig: Du möchtest mehr Elemente in die Verhandlungen einbringen? Und dir Zugeständnisse bei der Personenfreizügigkeit mit mehr sozialen Rechten bezahlen lassen? Solche Gelegenheiten für strategische Weichenstellungen öffnen sich höchstens alle zehn Jahre einmal. Wenn wir sie jetzt verstreichen lassen, machen wir einen schwerwiegenden Fehler. **Zum Schluss noch ein Wort zum Klima und zur Klimabewegung. Müssen wir da wirklich mitmachen?**

Die Verteidigung des Klimas ist grundlegend; das Thema mobilisiert viele unserer Mitglieder. Daher brauchen wir die Verbindung zur Klimabewegung. Hinter der Ausbeutung der Arbeitnehmenden steht ja die gleiche Logik, die auch unsere Existenz auf dem Planeten bedroht: der Kapitalismus, der Menschen und Ressourcen aussaugt und der gegenüber den menschlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen seines Wirtschaftens gleichgültig ist. Dagegen stellen wir eine andere Logik: jene der Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung. Diese müssen unabhängig von der Finanzkraft des Einzelnen für alle abgedeckt sein.

«In der EU-Debatte steht ein strategisches Fenster offen. Diese Chance sollten wir packen.»



Ein Spital braucht alle

600 Angestellte protestieren am Kantonsspital St. Gallen (KSSG) gegen Abbau. Bedroht sind 260 Vollzeitstellen am Haus selbst, 440 total bei den St. Galler Spitalern.

20 Minuten, SRF und das *St. Galler Tagblatt*, alle waren sie da, aber einer war abwesend: Der Verwaltungsratspräsident des Kantonsspitals KSSG (oder «Kanti» wie es von den Mitarbeitenden liebevoll genannt wird), Herr lic. oec. HSG Stefan Kuhn. Obwohl das Personal den Absolventen der hiesigen Wirtschaftshochschule eigens eingeladen hatte. Zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Und zur Suche

nach besseren Lösungen als Stellenabbau.

Der erwähnte Kaffee ist kein Zufall: Kuhn hatte in einer Personalinformation Ende September anlässlich des Abbaus von 260 Vollzeitstellen am Kantonsspital die Teams dazu aufgerufen,



sich doch in der Kaffeepause zu überlegen, wie die Arbeit mit weniger Köpfen und Händen zu bewältigen sei. Ein Hohn für das Personal, das ungestörte Pausen kaum kennt und das bereits in den nächsten Tagen mit ersten Kündigungen konfrontiert war. Der Stellenabbau solle hauptsächlich «Supportfunktionen und Administration» betreffen und nicht die Pflege am Bett, hiess es. Das war, gelinde gesagt, Augenwischerei, denn «Support» wird hier weit gefasst.

Für die 600 Mitarbeitenden, die sich an diesem Montag im Innenhof des KSSG versammelt haben, ist klar: Ein Spital braucht alle! Die Stationssekretärin, das technische Operationspersonal, die FaGe – sie alle sind notwendig, ebenso die Springerinnen. Langsam zeichnet sich ab, dass die Pflege direkt und indirekt betroffen ist. Offenbar werden hauptsächlich ältere Mitarbeitende entlassen. Oder es werden alternativlos Stellenprozente gekürzt. Dabei ist der Druck bereits heute gross; es wird jede Hand benötigt.

Der VPOD hat eine Petition lanciert, welche den Kanton dazu auffordert, einen Notkredit zu sprechen, der die Spitalversorgung sicherstellt. Diese kann unter: <https://vpod.ch/campa/notruf-stgallen/> unterzeichnet werden. Für den 11. November ist eine Demonstration in St. Gallen anberaumt. An zwei Protestversammlungen beschliessen Gewerkschaften und Personal, wie es weitergeht. Der Protest soll ausgeweitet werden, auch das Wort «Streik» macht die Runde.

| Viviane Hösli, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: vpod)

Melinda Nadj Abonji Geld – zehn Geschichten

8 Ein Zimmer – für wen?

Bis Grossmutter's Gegenzauber wirkte und ich anfing, an meine Hände zu glauben, zu verstehen, was das wirklich bedeutet, an die eigenen Hände glauben, bis dahin verging viel Zeit. Wir zogen in ein Dorf, in dem ich das Wort Steuerfuss lernte und dass die rechte Seite des Zürichsees Goldküste genannt wird. Es geschah wie von selbst, dass die Noblen mich mit ihrem edlen Prunk anfangen zu beeindrucken, mit ihren schmucken, gezähmten Krokodilen auf Brusttaschen, den Schuhen in dunkelrotem oder blauem Leder, wie aus einem Guss! die so selbstbewusst schlicht daher kamen und mit jedem Schritt erzählten, dass alles, wirklich alles in diesem Dorf seine Richtigkeit hat. Von einem blauäugigen Peter, dessen Vater drei Vornamen hatte und einen Oldtimer fuhr, wurde ich an einem Sommernachmittag eingeladen, bring deinen Badeanzug mit! Natürlich ging ich davon aus, dass wir später im Sträme baden würden, im Strandbad, wo ich im Sommer meine freien Nachmittage mit meinen Freundinnen verbrachte, auch wenn es regnete. Aber dann war alles anders: Ich stand vor einem hohen, geschwungenen Tor, drückte die Klingel und als ich über den Vorplatz trippelte, hörte ich die kleinen, eleganten Engel musizieren, die zwischen Rosen und Oleanderbüschen schwebten, und überall Bäume, so mächtig, als wäre ich nicht in einem privaten Garten, sondern in einem Park. Peter öffnete die Tür, begrüßte mich mit seinem weissen Lachen, komm schon, nicht so schüchtern, ich zeig dir unser Haus! O das Haus. War eine dreistöckige Villa mit Swimmingpool, wie im Film. Dallas. Oder Denver. Und in jedem Stock stand ein Telefon im Korridor. Damit

wir nicht immer die Treppe rauf und runter – du weisst schon. Und Peter zeigte mir sein Zimmer im obersten Stock. Dein Zimmer? Meine Frage, weil es etwa so gross war wie unsere Wohnung. Er hätte lieber das Zimmer seines Bruders, weil das zwei Fenster hat und ein Klo. O. Auch das war mir neu, dass es nicht nur in Hotels Klos im Zimmer gibt. Und jetzt, lass uns schwimmen, und Peter zog an meiner Hand, zeigte mir, wo ich mich umziehen konnte. In einem Zimmer, am hinteren Ende des Korridors, im obersten Stock. Und wer lebt hier? Du bist gut, lachte Peter. Niemand. Das ist das Bügelzimmer, sonst nichts. Ach so, und ich zog die Tür hinter mir zu, stand in diesem Zimmer, das bestimmt doppelt so gross war wie mein eigenes Zimmer und in dem sich ein Bügelbrett an die helle Wand lehnte. Auf Hände wartete. Auf Hände, wie meine Mutter sie hat, meine Grossmutter. Oder ich? Und ich musste mich durch ein Dickicht aus Gedanken und Gefühlen kämpfen, bis ich endlich meinen dunkelblauen Badeanzug anziehen konnte, und ich zitterte ein wenig, als ich mir alles ganz genau einprägte, den beigen Spannteppich, das abgeschrägte Fenster, die mit schwarzen Gumminoppen überzogenen Füsse des Bügelbretts, den Geruch nach Lavendel – und ich hauchte auf meinen Zeig- und Mittelfinger, tat einen feierlichen Schwur ganz für mich allein, dass das nie mein Zimmer sein würde.



Melinda Nadj Abonji ist Schriftstellerin und Musikerin



Christiane Benner ist IG-Metall-Chefin.

IG Metall: Frau an der Spitze

Die IG Metall, die grösste deutsche Einzelgewerkschaft, ist noch immer stark männlich geprägt. Trotz eines Frauenanteils von lediglich 20 Prozent haben die Delegierten des Gewerkschaftstags in Frankfurt am Main aber zum ersten Mal eine Frau an die Spitze gestellt: Christiane Benner ist

mit 96,4 Prozent der Stimmen zur ersten Vorsitzenden und zur Nachfolgerin von Jörg Hofmann bestimmt worden. In ihrer Antrittsrede hob sie die Chancen des industriellen Wandels hervor und kritisierte jene Arbeitgeber, die einfach Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, statt sich um zukunfts-taugliche Alternativen im Inland zu kümmern. Die IG Metall habe für die digitale und ökologische Transformation ein klares Ziel: «Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat eine Perspektive verdient. Dafür werden wir kämpfen», versprach Benner. | [igm/slt](#) (Foto: Lando Hass/IG Metall)

PSI zum Nahost-Konflikt

Der Kongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) in Genf hat eine Resolution zum Konflikt zwischen Israel und Palästina verabschiedet. Darin werden die brutalen Angriffe der Hamas auf Israel, die

Geiselnahme und der Einsatz von Geiseln als menschliche Schutzschilde als terroristische Aktionen verurteilt. Ebenso wenig sei die Reaktion Israels – die kollektive Bestrafung der Bevölkerung im Gazastreifen – zu rechtfertigen. Auch die Verweigerung von Wasser, Strom, medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe erachtet die PSI als Verstoss gegen das Völkerrecht. Sie fordert die internationale Gemeinschaft auf, sich auf beiden Seiten gegen Gewalt zu engagieren: «Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft die Diplomatie wirken lässt, um den Krieg zu beenden, die Zivilbevölkerung zu schützen und die Ursachen des Konflikts anzugehen.» | [psi/slt](#)

Einwanderungsgewerkschaft Verdi

Beim 6. ordentlichen Bundeskongress der deutschen VPOD-Schwester Verdi in Berlin wurde die Gewerkschaftsspitze wieder-

Wirtschaftslektion Gesundheit wird billiger

Zugegeben: Die Preise von Spitalaufenthalten, Restaurantbesuchen und Sportveranstaltungen zu vergleichen, liegt nicht gerade auf der Hand. Aber es kann vielleicht helfen, im Gesundheitswesen die echten Probleme besser von den Scheinproblemen zu unterscheiden. – Doch eins nach dem anderen: Der zweite Krankenkassen-Prämienschok in Serie von 8,7 Prozent hat kaum jemanden unberührt gelassen. Die Medien waren voll mit Experten, von denen jeder andere Lösungsvorschläge präsentierte. Immer wieder wurde auch mehr «Wettbewerb» gefordert, damit die Preise und mit ihnen die Kosten sinken würden.

Doch die Preise sind im Gesundheitswesen das geringste Problem. Im Gegenteil: Die Preise von Gesundheitsdienstleistungen gehen seit vielen Jahren zurück. Vor allem, weil der Bund

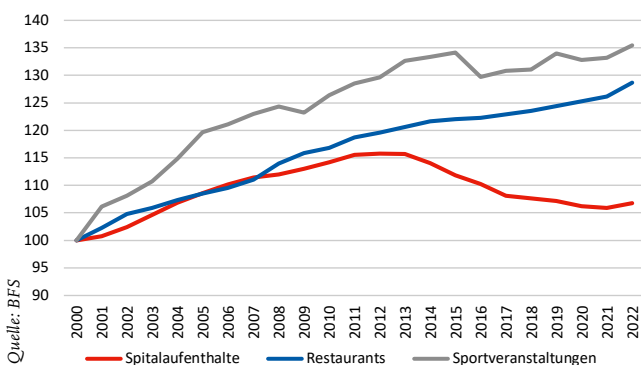
die Medikamentenpreise politisch gesenkt hat. Aber auch die Spitalaufenthalte werden günstiger, im Unterschied zu Preisen fürs Restaurant oder für Sportveranstaltungen. Der Spardruck hat hier seine Spuren hinterlassen. Auch auf Kosten des Personals. Die Reallöhne im Gesundheits- und Sozialwesen sind gesunken und liegen heute auf dem Niveau von 2015.

Warum steigen die Krankenkassenprämien dann, wenn die Preise im Gesundheitswesen sinken? Die ökonomische Antwort ist zunächst banal. Die Kosten steigen, weil die Menge zunimmt. Es werden mehr und vor allem bessere Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch genommen. Ein Grund dafür ist der medizinische Fortschritt: Dieser ist beträchtlich. Viele Krankheiten sind heute heil- oder zumindest kontrollierbar. Heute sterben viel weniger Menschen unter 65 an Herzkrankheiten als im Jahr 2000. Auch Brust- oder Prostatakrebs führen seltener zum Tod. Die neuen Behandlungen sind oft aufwendiger. Man kriegt quasi «mehr fürs Geld».

Ein weiterer Grund ist die «Übersversorgung»: Spezialärztinnen und -ärzte nehmen oft unnötige Behandlungen vor. Der Klassiker: Knieoperationen. Ein grosser Teil der Kniebeschwerden kann mit konservativen Methoden erfolgreich behandelt werden. Trotzdem wird zu häufig operiert. Diesen Missstand kann man mit mehr «Wettbewerb» nicht beseitigen. Im Gegenteil: Hier braucht's mehr Kontrolle und Steuerung.

Für die meisten Leute sind die Gesundheit und eine gute medizinische Versorgung sehr wichtig. Es wäre daher falsch, das gute Gesundheitswesen kaputtzusparen. Was die Schweiz braucht, ist eine gerechtere Finanzierung. Es gibt kein anderes Land in Europa, in dem die Küchenhilfe und der Multimillionär gleich viel für die Krankenversicherung zahlen. Die Kopfprämien sind eine Fehlkonstruktion *made in Switzerland*. Deshalb braucht es prioritär mehr Prämienverbilligungen. Längerfristig führt kein Weg an einkommensabhängigen Prämien vorbei. | [Daniel Lampart, SGB-Chefökonom](#)

Preise für Spitalaufenthalte, Restaurantbesuche und Sportveranstaltungen (gem. Landesindex der Konsumentenpreise, 2000 = 100)



gewählt: Frank Werneke als Vorsitzender, Andrea Kocsis und Christine Behle als seine Stellvertreterinnen. Einen Schwerpunkt legt Verdi auf die Positionierung als Einwanderungsgewerkschaft: «Wir setzen Spaltungstendenzen im Land die starke Solidarität unserer Mitglieder entgegen», sagte Werneke. Dazu sollen Schulungen künftig stärker interkulturell ausgerichtet werden. Verbessert werden müsse auch die Willkommenskultur beim Staat: «Es ist nicht akzeptabel, wenn Arbeitnehmende mit Migrationsgeschichte um die Verlängerung ihrer Aufenthaltstitel bangen müssen, bloss weil die Ämter wegen Personalmangels nicht hinterherkommen», so der Verdi-Vorsitzende. | *slt/verdi (Foto: slt)*

25 Prozent mehr Lohn bei Ford

Der Streik in der US-amerikanischen Automobilindustrie führt zu ersten Resultaten:

Bei Ford soll ein neuer GAV über seine vier- einhalbjährige Gesamtlaufzeit hinweg eine Lohnerhöhung von 25 Prozent bringen. Per sofort schnellen die Löhne um 11 Prozent in die Höhe, wie der Präsident der Gewerkschaft United Auto Workers, Shawn Fein, bekanntgab. Die Einigung bedarf noch der Zustimmung der Ford-Direktion und der Gewerkschaftsmitglieder. Bei GM und bei der Chrysler-Mutter Stellantis wird einstweilen weitergestreikt. | *vpod*

Für ein soziales Postgesetz

Die derzeit verhandelte Revision des Postgesetzes hat in Deutschland 30 000 Beschäftigte auf die Strasse gebracht. In Berlin forderten sie den Schutz von tariflich gesicherten Arbeitsplätzen und die Verpflichtung der Post auf soziale und ökologische Standards. Auch für die Versorgungssicherheit machen sich die Ange-



Deutschland ist ein Einwanderungsland.

stellten und ihre Gewerkschaft Verdi stark: Sie wollen weiterhin eine Zustellung der Post an der Haustür an 6 Tagen pro Woche. Die auch bei der Schweizerischen Post beobachtbare Tendenz der Auslagerung gewisser Dienste an Subunternehmen ausserhalb des GAV-Bereichs müsse unterbunden werden, so Verdi. | *slt*

Wer war's? Der Vorname

Es ist eines jener Kammerspiele, die harmlos beginnen, um nur umso heftiger in eine Eskalationsspirale zu münden, bei der kein Stein auf dem anderen bleibt. Sönke Wortmann drehte «Der Vorname» 2018 mit prominenter Besetzung: Christoph Maria Herbst, Caroline Peters, Florian David Fitz und die offenbar vom Alterungsprozess dispensierte Iris Berben. Betriebs- und Familiengeheimnisse drängen da ans Licht. Und alles nur, weil ein werdender Vater behauptet, seinen Sohn Adolf nennen zu wollen.

Adolf? Allgemeine Empörung. Der Name ist seit 1945 tabu. Aber heissen nicht noch andere Männer so ausser den Schwerstverbrechern Hitler und Eichmann? Adolf Ogi etwa, was – Geburtsjahr 1942 – ein nicht sehr günstiges Licht auf die taufenden Eltern wirft. Andere Adolfe waren längst benamst, als jener von Braunau die abendländische Zivilisation pulverisierte. Beispielsweise Adolph Kolping, der katholischen Handwerker in der Fremde eine katholische Heimstatt schuf. Oder Adolph Knigge, der grosse Aufklärer, der in unausrottbar scheinender Fehlinterpretation immer noch als Stammvater der Benimm-Literatur gilt.

Dann die Maler: Adolph von Menzel gehört zu den bedeutendsten des 19. Jahrhunderts, weil er ohne Standesdünkel auf Leinwand bannte, was er sah, auch Industrie und Verkehr und Arbeiter. Die Gemälde von Adolf Dietrich spiegeln eine kleine dörfliche Welt in Berlingen am Untersee. Trotzdem gilt auch seine zwischen Naivität und Sachlichkeit changierende Kunst als ganz grosse; dass Christoph Blocher ebenfalls Fan davon ist, sollte niemanden abschrecken. Ein anderer A. – ihn suchen wir heute – ist (Mit-)Begründer einer recht bekannten Firma, einer Produzentin von zu Leibesübungen geeigneter Fuss- und (später) anderer Bekleidung.

Der Vater hatte noch Filzpantoffeln gemacht, in der NS-Zeit musste man dann Waffen zur Panzerabwehr produzieren. Trotzdem schritt die Entnazifizierung nach 1945 rasch voran; die Wirren des Kriegsendes halfen dem Gesuchten wohl auch, den ungeliebten älteren Bruder aus der Firma zu schubsen. Das von diesem gegründete Konkurrenzunternehmen (im selben kleinen fränkischen Städtchen) läuft auch recht gut. Buchstäblich. Aber wir suchen den Jüngeren: Dessen (nunmehr sehr leicht zu erratender) Vor- und (der geringfügig schwieriger zu ermittelnde) Nachname sind auf Postkarte zu senden an: VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich. Teilnahme am Wettbewerb, bei dem drei Büchergutscheine verlost werden, geht auch per Mail: *redaktion@vpod-ssp.ch*. Am 29. November ist Einsendeschluss. | *slt*

Es war Maurice Ravel

Der Boléro ist das mit Abstand berühmteste Werk des französischen Komponisten Maurice Ravel (1857–1937). Die Performerin Ida Rubinstein hatte einen Tanz bestellt – und bekam einen Welthit. Das Stück fesselt in erster Linie durch ein gewaltiges, einem (durchaus auch sexuell lesbaren) Höhepunkt zustrebendes Crescendo, zu dem die Trommel unbeirrt 169-mal ihr Rammtatataamttatataamttatamttatataamttatataamttatata klöppelt. Die melodische Erfindung ist dabei das Geringste, was Ravel zur Bemerkung veranlasste, sein Meisterwerk enthalte «leider keine Musik». So kann man das aber nicht sagen: Jayne Torvill und Christopher Dean tanzten 1984 dazu kongenial auf dem Eis. Das wussten auch Christa Rederlechner (Kreuzlingen), Edgard Lienhart (Reinach) und Christoph Roost (Schaffhausen). | *slt*

VPOD-Präsidium

Die Parlamentswahlen haben Auswirkungen auch im VPOD. **Natalie Imboden** (Grüne), bisherige Berner Nationalrätin und Kandidatin für das VPOD-Präsidium, wurde leider nicht mehr in den Nationalrat gewählt. Aus diesem Grund hält sie ihre Kandidatur für das VPOD-Präsidium nicht aufrecht; sie ist der Ansicht, dass der VPOD ein im Nationalrat vernetztes Präsidium benötigt. Diesen Rückzug gilt es zu respektieren; wir bedauern ihn dennoch – wie natürlich auch die verpasste Wiederwahl. Für die kommende Zeit wünschen wir Natalie Imboden alles Gute.

Der Genfer SP-Nationalrat **Christian Dandrès** verbleibt daher als einziger Kandidat für das VPOD-Präsidium. Wir gratulieren ihm zu seiner Wiederwahl.

Ebenso gehen unsere Glückwünsche auch an unsere aktuelle Präsidentin **Katharina Prelicz-Huber**, die ihr Nationalratsmandat für die Grünen im Kanton Zürich verteidigt hat.

Natascha Wey, Generalsekretärin

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 23. September 2023

Die VPOD-Delegiertenversammlung ist am 23. Oktober 2023 im Restaurant Falken in Zürich zusammengelassen und hat – die konsolidierte Rechnung 2022 des Verbandes und seiner Regionen abgenommen.

– im Hinblick auf den VPOD-Kongress vom 17./18. November die Anträge zum Positionspapier besprochen und mit Empfehlungen versehen. Aus Zeitgründen konnten die übrigen Anträge nicht zu Ende behandelt werden.

– dem Grundsatz zugestimmt, dass das Anstellungsreglement des VPOD mit einem Reglement «Homeoffice und mobiles Arbeiten» ergänzt wird.

– die Sitzungstermine für das Jahr 2024 festgelegt: Delegiertenversammlungen werden am 22. Juni und am 16. November in physischer Form stattfinden; die Termine vom 23. März und vom 21. September können auch für virtuelle Sitzungen genutzt werden.

Natascha Wey, Generalsekretärin

VPOD-Landesvorstand vom 21. Oktober 2023

Der Landesvorstand hat am 21. Oktober 2023 in einer kurzen Sitzung auf Zoom getagt und hat

– das Budget 2024 mit einem Defizit von 264 000 Franken zuhanden der DV verabschiedet sowie den Finanzplan 2025/26 zur Kenntnis genommen. Mit dem Budget ist zugleich die Aufteilung der Verbandsbeiträge (80 % zugunsten der allgemeinen Verbandsrechnung, 20 % zugunsten des Finanzierungsfonds) genehmigt.

– einen Antrag der Region Genf zur rückwirkenden Deblockierung der Streikkasse für den feministischen Streik vom 14. Juni gutgeheissen.

– den VPOD-Kongress 2023 weiter vorbereitet und die Traktanden der DV festgelegt, die am Vorabend des VPOD-Kongresses stattfinden wird. Behandelt werden Budget und Finanzplan. Kongressanträge werden an der DV nur vorbehandelt, wenn die DV einen Eintretensantrag stellt.

Natascha Wey, Generalsekretärin

Briefe aus der Mitgliedschaft

«Die Schweiz wird 175 Jahre alt»,

VPOD-Magazin September/Oktober 2023, Dossier

Dossier mit Lexikonwert

Christoph Schlatter ist das Dossier «Die Schweiz wird 175 Jahre alt» hervorragend gelungen. Ich bin begeistert. Die vielen Zeitabschnitte und deren Zusammenhänge sind ausgezeichnet erläutert und leicht lesbar. Das Dossier hat Lexikonwert. Vielen Dank an den Verfasser. Übrigens: Vor einiger Zeit besuchte ich auf der griechischen Insel Korfu das «Museum Ioannis Kapodistrias». Der Staatsmann (1776–1831) half der Schweiz 1815 beim Bundesvertrag. Am Wiener Kongress war er Gesandter des Zaren. Diese Mission – Kapodistrias sicherte der Eidgenossenschaft die Anerkennung ihrer Neutralität – ist auf Korfu bekannt, denn den Hinweis erhielten wir im Metzgerladen...

Karl Litscher, St. Gallen

Über Emma Herwegh weiss man mehr

Ich schätze die Dossiers im VPOD-Magazin sehr. Auch dasjenige zum 175. Jubiläum des Bundesstaates. Leider schwächelt der Beitrag ausgerechnet in jenem Teil, der die

Geschichte des Frühsozialismus und der Arbeiter*innenbewegung erzählt. Die Rolle der Frauen (Punkt 39) ist tatsächlich noch nicht gut erforscht, aber in den letzten Jahren hat sich einiges getan. So ist das Wirken von Emma Herwegh, die übrigens vor 1848 schon in der Schweiz gelebt hatte, ausführlich aufgearbeitet (obwohl sie sich nicht für die entstehende Frauenbewegung einsetzte). Dass die Handwerkervereine den Ausgangspunkt der modernen Arbeiter*innenbewegung in der Schweiz darstellen (Punkt 41), ist richtig. Sie bestanden aber nicht alleine, wie es die Namen suggerieren, aus Deutschen.

Werner Portmann, Zürich

Demokratie kennen und schützen

Ich bin seit Jahren Mitglied des VPOD und lese jeweils gespannt das immer sehr interessante und informative VPOD-Magazin. Ganz speziell gefreut hat mich der Beitrag zur «Geburt» unserer Bundesverfassung. In so wenigen Worten werden so viele Fragen angesprochen und beantwortet, verbunden mit eindrücklichen und witzigen Illustrationen. Besser kann die Entstehungsgeschichte der Schweiz in Kürze nicht erzählt werden. Das Dossier animiert auch, sich vertiefter mit der Materie auseinanderzusetzen. Aus meiner Sicht ist das mehr als wichtig, denn Freiheit, Demokratie und demokratische Einrichtungen sind wertvolle Güter. Sie zu kennen, ihren Wert zu schätzen, sich für sie einzusetzen und sie wenn nötig zu verteidigen, ist Pflicht. Das gilt ganz besonders in einer Welt, in der die Demokratie zunehmend in Gefahr ist.

Elisabeth Tellenbach-Sommer, Steffisburg

Soziale Arbeit und Politik: Studie

Soziale Arbeit ist immer auch berufs- und fachpolitische Arbeit. Ist sie auch politisch? Dazu gibt es bisher kaum Forschung. Im Rahmen eines vergleichenden Projekts untersuchen Tobias Kindler (Schweiz), Miriam Burzlaff (Deutschland) und Talia Schwartz-Tayri (Israel), inwiefern Fachpersonen Sozialer Arbeit sich politisch einbringen und welche Faktoren deren Aktivitäten beeinflussen. – Das Ausfüllen des Fragebogens, zu dem die Forschenden die VPOD-Mitglieder aus dem Berufsfeld herzlich einladen, dauert etwa 15 Minuten: www.policypractice.ch.

Dank dem VPOD musste Kollegin V. nichts an die Unfallkosten bezahlen

Ein Knie geht einsam durch die Welt

Unfallversicherungen übernehmen Kosten nur, wenn sie direkt mit dem Unfall zu tun haben. Deshalb behaupten sie gerne, dass länger anhaltende Beschwerden einer vorbestehenden Krankheit geschuldet seien. Aber Kollegin V. hatte den VPOD auf ihrer Seite. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: Nastasic/iStock)

Als der Zug in den Bahnhof einfuhr, stand Kollegin V. bereits im Gang, um schnell aussteigen zu können. Da kam der Zug abrupt und vorzeitig zum Stillstand. V. verlor das Gleichgewicht, wollte sich auffangen und stürzte doch zu Boden. Dabei kam es zu einer Verdrehung des linken Knies. Wegen der starken stechenden Schmerzen

begab sie sich nach telefonischer Rücksprache mit ihrer Hausärztin sogleich in eine 24-Stunden-Praxis am Bahnhof. Diese meldete sie für den nächsten Tag für ein Röntgenbild an.

Degenerative Veränderung?

Die Unfallversicherung anerkannte die Leistungspflicht, teilte V. aber schon 2 Wochen nach dem Sturz mit, dass sie die Zahlungen demnächst beenden werde, weil immer noch anhaltende Beschwerden «überwiegend wahrscheinlich nicht mehr auf das Ereignis zurückzuführen» seien, sondern «auf altersentsprechende degenerative bzw. unfallfremde Veränderungen». Kollegin V., die täglich an ihre Arbeitsstelle pendelt, verlangte eine einsprachefähige Verfügung, die sie noch nicht erhalten hatte, als sie den VPOD kontaktierte.

Sie wollte sich gegen die Einschätzung ihrer Unfallversicherung wehren, weil Röntgenbild und Befund der Gelenkspiegelung etwas anderes sagten. Dass die Beschwerden mit ihrem Alter zu tun hätten und die nun geplante Operation «mit überwiegender Wahrscheinlichkeit der Behandlung des Vorzustandes» gelte, wie die Versicherung behauptete, traf aus V.s Sicht einfach

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtsabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

nicht zu. Sie war noch nie wegen ihres Bewegungsapparates in ärztlicher Behandlung gewesen, sie hatte noch nie wegen des Knies bei der Arbeit gefehlt. Die Schmerzen und die daraus folgende Arbeitsunfähigkeit waren erst nach dem Unfall aufgetaucht.

Der VPOD-Vertrauensanwalt ging in seiner Einsprache auf verschiedene

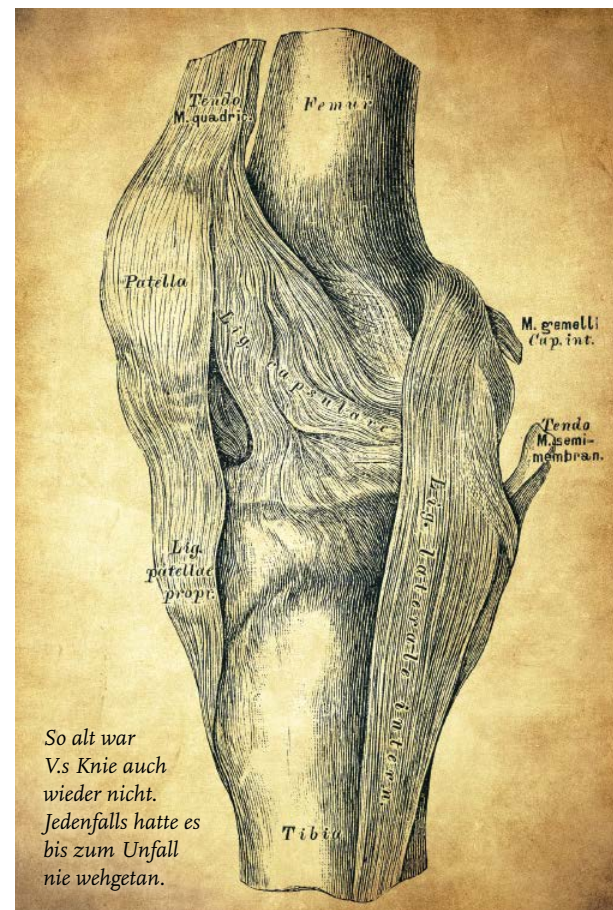
Aspekte ein: In der Tat entfalle die Leistungspflicht des Unfallversicherers, sobald der Unfall nicht mehr die natürliche und adäquate Ursache des Gesundheitsschadens darstelle. Das sei dann der Fall, wenn entweder der (krankhafte) Gesundheitszustand, wie er unmittelbar vor dem Unfall bestanden hatte, erreicht sei – oder aber ein Zustand, wie er sich nach dem schicksalsmässigen Verlauf eines krankhaften Vorzustandes auch ohne Unfall früher oder später eingestellt hätte.

Die Versicherung übernimmt

Weiter bemängelte der Vertrauensanwalt die Zeitrechnung des Versicherungsarztes. Dieser hatte ohne jede Begründung behauptet, dass nach 3 bis 4 Wochen «mit überwiegender Wahrscheinlichkeit» kein kausaler Zusammenhang mehr mit dem Unfallereignis bestehe. Der Anwalt qualifizierte diese Aussage als vage Vermutung, als unbegründet und nicht nachvollziehbar und als Einschätzung ohne jede Beweiskraft.

Auf die Einsprache hin stellte die Versicherung rasch eine Überprüfung in Aussicht. Gleichzeitig teilte sie mit, dass die Übernahme der Behandlungskosten weiterhin sichergestellt sei: V.s Krankenversicherung akzeptiere, dass die Unfallversicherung ihre weitere Leistungspflicht ablehne, und übernehme die Kosten der Selbstbehalte. Nach Verhandlungen kam es also zu einem Vergleich, die Einsprache wurde zurückgezogen, und einige Monate später wurden V. die von ihr selbst berappten Selbstbehalte rückvergütet.

Der Titel dieses Artikels zitiert ein bekanntes Gedicht von Christian Morgenstern.



So alt war
V.s Knie auch
wieder nicht.
Jedenfalls hatte es
bis zum Unfall
nie wehgetan.

Berufsbildung im ländlichen Kosovo: Die Maschinen nicht den Männern überlassen!

Danke, Tante!

Im Kosovo sind die Chancen für einen erfolgreichen Berufseinstieg klein, zumal auf dem Land. Junge Frauen kämpfen zudem gegen Vorurteile. Nicht so Floriana Hoti, die von einer Tante für die Industrie-Ausbildung motiviert wurde. | Text: *Cyrill Rogger* (Foto: *Solidar Suisse*)

«Hier war ich schon einmal», ist mein erster Gedanke, als ich an diesem regnerischen Morgen aus dem Auto steige. Wir befinden uns östlich von Istog, leicht erhöht am südlichen Fuss des Bergzugs an der serbischen Grenze. Trotz Nebelschwaden hat man gegen Süden Weitsicht über eine vom nächtlichen Regen frisch gewaschene grüne Landschaft. Es liegt ein angenehmer Geruch in der Luft, und da erinnere ich mich: Vor 15 Jahren unterstützte Solidar Suisse hier ein Projekt zur Einkommensförderung der ländlichen Bevölkerung. Der Verein Agroprodukt verarbeitete Wildkräuter zu verschiedenen Produkten. Heute ist Agro-

produkt eine GmbH, beschäftigt 61 feste und 20 saisonale Angestellte und exportiert seine Kräuter nach Europa und Übersee.

Meeting bei Kräutertee

Doch heute besuche ich den Ausbildungsbetrieb Bliif. Wir werden von Geschäftsführerin Erblina Afdijaj und vier Berufsschülerinnen begrüßt. Sie arbeiten gerade an der neuen Maschine, welche die Teebeutel in professionell gestaltete Verpackungen abfüllt. Sie stoppen das Band und rücken ein paar Stühle zusammen. Natürlich bekommen alle eine gute Tasse Kräutertee. Floriana Hoti ist eine der Berufsschülerinnen,

die bei Bliif ihren Praxiskurs absolvieren. Sie lebt mit Mutter, Vater, drei Brüdern, drei Schwestern und zwei Tanten im etwa 5 Kilometer entfernten Rakosh und steht im dritten und letzten Jahr der Ausbildung «Industrielle Produktion» an der Berufsschule in Istog.

Normalerweise wird diese Fachrichtung von deutlich mehr Jungen als Mädchen besucht. In Florianas Klasse sind es jedoch 5 Mädchen und 3 Jungen. Man kennt sich seit der 9. Klasse. Floriana blickt ihre Kolleginnen an und fährt fort: «Wir haben uns dann alle

für die gleiche Ausbildung entschieden. Bei mir spielte eine Tante die entscheidende Rolle. Sie meinte, wir sollten die Maschinen nicht völlig den Männern überlassen.» Vor vier Jahren gab es an Florianas Schule noch keine Berufsberatung. Mittlerweile wurde die berufliche Orientierung als Wahlfach eingeführt und auch online stark ausgebaut. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich dadurch intensiver mit ihren Stärken auseinander, erfahren aber auch, welche Berufswünsche realistisch sind und welche eher nicht. Nach wie vor spielen die Verwandten und das sonstige Umfeld bei der Berufswahl eine wichtige Rolle. So wie bei Floriana, die schon konkrete Pläne hat: «Nach meinem Abschluss im Sommer würde ich gerne in einem Unternehmen wie Bliif arbeiten.»

Kein Mangel an Ideen

Ihr Fernziel ist aber klar die eigene Firma, am liebsten in der Lebensmittelbranche: «Ich habe bereits ein paar Ideen», sagt Floriana schelmisch. Im Kosovo sind Mädchen an den Berufsschulen deutlich untervertreten, am Gymnasium und insbesondere an den Pflegefachschulen sind sie hingegen in der Mehrheit. Für eine Karriereplanung, die von den rigiden gesellschaftlichen Konventionen abweicht, sind Vorbilder eine wichtige Unterstützung. Vorbilder wie Florianas Tante oder Erblina Afdijaj, die in ihrem Start-up bereits 10 Frauen beschäftigt.

Untypisch: Floriana Hoti absolviert die Ausbildung «Industrielle Produktion».



Beratung wird gefördert

Solidar Suisse fördert im Kosovo die Zusammenarbeit von Berufsschulen und lokalem Gewerbe zur Verbesserung der beruflichen Ausbildung. Im Zentrum stehen der Aufbau von Praxiskursen in Lehrbetrieben und die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und Mentoren in den Betrieben. Ausserdem haben wir die Einführung der beruflichen Orientierung in der Sekundarschule initiiert. | *solidar*

Janina Degen, Tramführerin bei der BVB, Lupfig

Rammstein im Vierzehner

Es ist ein Zeichen von Wertschätzung und Vertrauen, dass die BVB das Musikhören im Führerstand neuerdings gestatten. Fahrdienstmitarbeiterinnen wie Janina Degen wissen, wie man mit dieser Freiheit umgeht.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)



Freundlich zu Mensch und Fledermaus: Janina Degen, Tramwagenführerin in Basel.

Weihnachten manchmal auch konkret, in Form von 1 Sack selbstgebackenen Gutzi und 1 Schoggisantiglaus und 1 Fünffiber, alles bei Wagenführerin Degen abgegeben. Das wärmt das Herz. Überhaupt ist es ein gutes Gefühl, in einem grün bemalten Gefährt mit grün erzeugter Energie unterwegs zu sein – und damit auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Oder zu fahren.

Ein Herz für Fledermäuse

Ausserhalb des Dienstes trifft man Janina Degen gern auf freier Wildbahn. Mit dem Lebenspartner, der in Zürich arbeitet, hat sie sich auf einen Wohnsitz im Aargau geeinigt, wo dafür Wald und Wiese gleich vor der Haustür beginnen. Wenn beide gleichzeitig freihaben, kann man sie in höheren Regionen beim Bergwandern beobachten. Oder bei der Rettung von Fledermäusen. Verirrte, verwirrte oder geschwächte Exemplare können bei Degen & Freund abgegeben werden, von wo sie in die Notpflegestation am Zoo Zürich gelangen. Bald werden die beiden auch für eine Pflegestation zuhause gerüstet und zertifiziert sein.

Aber welche Art von Musik hört die Kollegin denn nun im Führerstand ihres Trams, wenn sie auf ihrer Lieblingsstrecke – der zum Vierzehner verlängerten Linie 1 – durch die Stadt am Rheinknie gondelt? Tönen Drummeli und Pfyffe an ihr Ohr? Beschallt sie sich mit Vivaldis Jahreszeiten? Hört sie Abba, Baschi, Coldplay? Nein: Ihr Liebingsound ist von schwermetallischer Art, gerne auch in der deutschen Variante. Worin auch Bands wie Rammstein oder Eisbrecher eingeschlossen sind. Weit oben auf Degens Playlist steht zudem Symphonic Metal, die Kombination von Heavy Metal mit Elementen klassischer Musik. Zum Beispiel die Band Epica, die eine gelernte Opernsängerin zu ihren Mitgliedern zählt.

Hoffentlich ist den Basler Verkehrsbetriebe BVB bewusst, welch fulminante Markenbotschafterin sie in Janina Degen besitzen. Seit 2017 fährt die Kollegin das Tram durch Basel – und ist des Lobes voll über ihren Beruf und besonders auch über die ausgeprägte Kollegialität im Fahrdienst. Man hilft sich, wo man kann. Und man grüsst sich: Wo auch immer zwei sich kreuzen, hat die kameradschaftliche Geste Platz, auch wenn man zum zweiten, dritten oder vierten Mal am Tag am selben Kollegen vorbeifährt. Vielleicht ist's dann beim fünften Mal eher ein Grinsen. Oder eine Grimasse.

Kein messbarer Einfluss

Der Wunsch, im Führerstand Musik zu hören, geisterte beim BVB-Personal schon lange herum. Janina Degen gehört zu jenen, die – zusammen mit dem VPOD – mitgeholfen haben, aus der Idee Realität zu machen. Dass der Arbeitgeber Hand bot zu einem Pilotprojekt, rechnet sie ihm hoch an. Weil sich im wissenschaftlich begleiteten Probetrieb kein signifikanter Unterschied bezüglich Unfällen und Falschfahrten feststellen liess, ist heute

das Musikhören legal. Ein Zeichen der Wertschätzung: Der Betrieb erachtet seine Leute als mündig, die Situation selbst zu beurteilen und sich adäquat zu verhalten. (Die Bundesrepublik Deutschland tut dies übrigens nicht: Bei den Fahrten nach Weil am Rhein muss die Musik schweigen.)

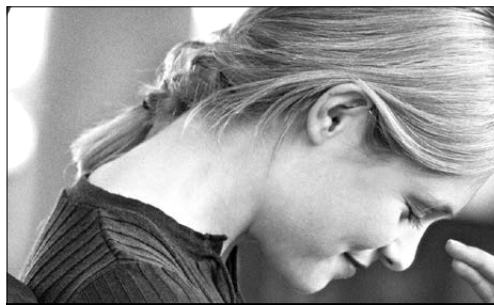
Die Verantwortung einer Tramführerin ist gross. Der Laie wundert sich, dass es etwa auf dem Centralbahnplatz, wo Fuss- und Tramverkehr kreuz und quer durcheinandergangen, nicht häufiger «glepft». Aber nicht nur dort muss Janina Degen den Kopf bei der Sache haben. Die Kunst besteht darin, die Verkehrsteilnehmenden zu «lesen». Jene Frau mit den zugestöpselten Ohren – wird sie gleich auf die Fahrbahn stolpern? Der Alte mit Rollator – hört er die Glocke nicht oder ignoriert er sie? Und hat der Fahrer des schwarzen SUV beim Parkieren daran gedacht, dass dort, wo ein Gleis ist, auch ein Tram kommen könnte?

Aber es wird einem auch viel zurückgegeben. Die Sympathie, die das Publikum für den Service public hegt und für jene, die ihn bei Wind und Wetter sowie an Werk- und Feiertagen erbringen, ist spürbar. An



PREISE RAUF? LÖHNE RAUF!

AZB Postfach, 8036 Zürich



«Was passiert
eigentlich, wenn
die Katze des
Nachbarn meinen
Kanarienvogel
frisst?»»

Jetzt Multi Rechtsschutz
abschliessen für nur Fr. 138.–
für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod  ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 18000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

